

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Claudia Köhler

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Ferdinand Mang

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Hans Herold

Abg. Tim Pargent

Abg. Johannes Hintersberger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022) (Drs. 18/19170)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) (Drs. 18/19171)

- Erste Lesung -

Das Wort erteile ich Herrn Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Hochverehrte Präsidentin, Hohes Haus! Mir obliegt es also, jetzt – mit großer Freude – einen Geburtstagsgruß zu ergänzen. Man soll ja nicht nach Äußerlichkeiten gehen, meine Damen und Herren, aber unsere Präsidentin feiert heute – das sieht man, wenn man auf die Präsidentenloge schaut – ihren "37." Geburtstag.

(Heiterkeit)

Deshalb herzlichen Glückwunsch auch dir, liebe Ilse Aigner. Alles, alles Gute zu deinem Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich auch dir, lieber Florian, alles, alles Gute.

Das Leben dreht sich weiter, auch wenn wir in der größten Krise, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg bei uns wahrgenommen haben und wahrnehmen, derzeit leben. Wir sehnen uns nach Normalität. Schon im letzten Jahr dachte ich eigentlich, ich hätte

einen außergewöhnlichen Haushalt hier vorzustellen, und hoffte wie alle, dass es ein Jahr später anders sein könnte. Leider ist es wieder anders gekommen.

Als jemand, der sich nicht oft zu solchen Fragen äußern kann, da man als Finanzminister ja mehr mit dem Management der Krise im Hintergrund zu tun hat, wäre man geneigt zu sagen: Natürlich bedrücken uns alle die gesellschaftlichen Herausforderungen der Krise, jeden von uns. Die Meinungsvielfalt in unserem Land ist groß: in medizinischen Fragen, in gesellschaftspolitischen Fragen.

Die Wahrheit – und das ist etwas, was wir miteinander feststellen – zeigt sich bei der Anzahl der erkrankten Personen auf den Intensivstationen in unserem Land. Alle wissen, was los ist, und damit ist geklärt, dass wir uns derzeit in einer sehr gefährlichen Phase der Pandemie bewegen. So ist es eigentlich immer richtig und wichtig, über die gesellschaftlichen und medizinischen Herausforderungen zu sprechen. Es bleibt uns eben nicht erspart, dass wir uns auch um die gesellschaftlichen, die wirtschaftlichen und haushaltstechnischen Dinge kümmern. So ist es heute fast ein wenig unangebracht, in dieser Pandemie über schnöde Zahlen zu sprechen, aber es ist notwendig. Beim Geld liegt die Wahrheit im Haushalt. Der Haushalt ist etwas, wo wir alle miteinander das Jahr planen wollen, wie es denn werden könnte, wo wir alle miteinander versuchen, das Beste im Haushaltsplan aufzuzeigen.

Ich kann auch für heute sagen: Unsicherheit prägt auch diesen Haushalt 2022, und die Unsicherheit prägt nicht nur Bayern, sondern die ganze Welt. Wir haben versucht, als Staatsregierung das Beste, was planerisch möglich ist, vorzuschlagen. Nachdem kaum das Jahr 2022 planbar ist, haben wir auch in diesem Jahr darauf verzichtet, einen Doppelhaushalt vorzulegen; denn wenn schon 2022 unklar ist, wie soll ich dann 2023 planen?

Ich denke, es ist in unser aller Sinne, dass wir erneut das Jahr 2022 gegen die Pandemie planen können, indem wir politische Entschlossenheit dokumentieren, auch in wirtschaftlichen Fragen und Gegenmaßnahmen. Das Rezept, die hauptsächliche Ge-

genmaßnahme in wirtschaftlicher Hinsicht, meine Damen und Herren, ist die Investition. Darauf werde ich heute noch zu sprechen kommen. Die Investition kann uns durch die Krise führen, sie kann dazu beitragen, dass dieses Land in einem guten wirtschaftlichen Lauf bleiben kann, trotz all der Herausforderungen, die wir haben.

Dass Haushaltsplanung gleichmäßige Verteilung von Unzufriedenheit ist, wie das Sprichwort sagt, weiß der Finanzminister auch. Ich danke dennoch allen, die sich im Kabinett, in den Regierungsfractionen bei der Frage eingebracht haben, wie wir als Staatsregierung Haushaltsplanung betreiben dürfen, die Eckpunkte auch miteinander gesetzt haben. Ich möchte sagen, dass dieses Volumen, das wir in diesem Jahr wieder vorlegen, von fast 71 Milliarden Euro natürlich insbesondere deswegen so groß ist, weil die Krisenbewältigung uns erneut, mehr als uns selbst lieb sein kann, fordert.

Der Haushalt ist also sehr "coronalastig". Wir haben auf der einen Seite die geplanten Maßnahmen in medizinischer Hinsicht gegen Corona mit 4,8 Milliarden Euro taxiert, und auf der anderen Seite sind die Investitionen, die wir für die wirtschaftliche Stabilität tätigen wollen.

Meine Damen und Herren, die gesundheitlichen Herausforderungen sind eben groß. Dafür brauchen wir diese geplanten 4,8 Milliarden Euro hoffentlich nicht – das sage ich sozusagen in Klammern –, aber möglicherweise. Es geht um Testen, es geht um Impfen, es geht um Personal- und Sachausgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Es geht um den strategischen Grundstock und das Pandemiezentralager. Das sind alles Dinge, die der Finanzminister nicht täglich zu organisieren hat, die aber erwartbar große Kosten verursachen werden.

Es bleibt die bange Frage: Was macht eigentlich die konjunkturelle Erholung? – Ich bin von Grund auf Optimist, deswegen bin ich auch Finanzminister geworden, das ist wahrscheinlich der Hauptgrund. Ich höre dann immer die Prognosen für das neue Jahr: die Wirtschaftsweisen, die Institute, und wer sich da alles mit Prognosen auszeichnet. Jedenfalls bin ich hoffnungsfroh, denn die Herbstprojektion, die wir seitens

unterschiedlicher Institute erlebt haben, ist natürlich auch Grundlage beispielsweise für die Berechnungen der Steuerschätzungen.

Die Steuerschätzungen, die auf Basis des Steuerschätzerkreises von Experten getätigt wurden, rechnen mit 4,1 % Wachstum real im Jahr 2022. Es ist schön, wenn es so kommt, darüber freue ich mich, es darf auch gerne mehr sein. Die Zahl alleine, die Beurteilung, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, überlasse ich Ihnen.

Die EU-Kommission hat jedenfalls angekündigt, dass der Gegenwind relativ groß ist, auch im nächsten Jahr. Die Herbstprojektion vom 11.11. der EU-Kommission schlägt folgende Maßnahmen vor, um gegen die Pandemie zu kämpfen: Investieren, Investieren, Investieren!

Jetzt müssen wir als Staat genau aufpassen, dass wir die Rückkehr auf den Wachstumspfad gut organisieren und er auch nachhaltig ist. Deshalb brauchen wir vorausschauende Stabilisierungspolitik. Kurzfristige Nachfrageimpulse müssen getätigt werden, keine Frage, aber mit Sicherheit Investitionen für nachhaltiges und selbsttragendes Wachstum.

Deshalb sehen wir im Haushaltsentwurf zusätzliche Investitionen in Höhe von etwa 1,9 Milliarden Euro vor: 895 Millionen Euro insbesondere für die kommunale Infrastruktur im Hochbau, im ÖPNV und bei der Wasserversorgung; 359 Millionen Euro für die Modernisierung der staatlichen Infrastruktur, staatlicher Hochbau, Staatsstraßen; 113 Millionen Euro für die Digitalisierung der Verwaltung und 400 Millionen Euro für die Fortführung der HTA plus aus dem Jahr 2021.

Meine Damen und Herren, diese HTA/HTA plus ist nicht nur ein Jahrzehntprojekt, sondern ein Jahrhundertprojekt. Was wir als Freistaat Bayern anders als andere Länder in Forschung, in Entwicklung, in moderne Technologien an Geld investieren, wird zurückkommen. Das ist Investition mit Benefit, und ich kann eigentlich den zuständigen Ministern, lieber Bernd Sibler, lieber Hubert Aiwanger, nur gratulieren, die über so viel Geld verfügen können. Ich kann ihnen unterstellen, dass sie hier wirklich für die Zukunft

Bayerns viel erreichen können, und diese Investitionen führen wir fort. Es gibt natürlich zusätzlich massive Investitionen im Klimabereich. Dort gegen die wirtschaftlichen Folgen von Corona auf der einen Seite und zugunsten einer nachhaltigen klimapolitischen Transformation auf der anderen Seite zu investieren, ist richtig.

Klima ist ohnehin ein großer Schwerpunkt in diesem Haushalt. In der Regierungserklärung im Juli ist 1 Milliarde Euro angekündigt worden, die in diesem Haushalt enthalten ist, 1 Milliarde Euro inklusive VE für Klima, in fünf Sektoren mit fünfzig Einzelmaßnahmen, die ich Ihnen heute nicht alle aufzählen kann. Dafür haben wir die Fachressorts. Es geht um erneuerbare Energien, natürliche CO₂-Speicher wie Moore und Wald, Wasser, Klima und Bauen, Klima und Architektur, smarte nachhaltige Mobilität, Klimaforschung, Green Tech. Wir zeigen, dass nachhaltige, solide Finanzpolitik kein Widerspruch zum Klimaschutz ist.

Meine Damen und Herren, bei alledem wollen wir finanzpolitisch solide bleiben. Die Neuverschuldung muss auf ein Mindestmaß begrenzt bleiben und begrenzt werden. Das ist ein Ziel, das ich als Finanzminister verfolge, da ich davon ausgehe, dass wir als Volksvertretung das ebenso sehen.

Trotz Pandemie, trotz Ausnahmezustand, trotz der Notwendigkeit, die Schuldenbremse temporär auszusetzen, kann es natürlich nicht sein, dass wir unbegrenzt Schulden machen, die wir der nächsten Generation hinterlassen. Dafür stehen wir auch.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, weil wir diese erheblichen Corona-Belastungen haben, haben wir natürlich in erster Linie allen Ressorts der Staatskanzlei die Verpflichtung auferlegt, einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag für diesen Haushalt zu leisten, in Form einer globalen Minderausgabe, die im Haushaltsvollzug zu erwirtschaften ist: Der Konsolidierungsbeitrag beträgt 700 Millionen Euro, mehr noch als im Jahr 2021. Das kann erbracht werden durch kluges Sparen, dort, wo es gut möglich ist; nicht durch blindes Kürzen, nicht dadurch, in der Krise Menschen Geld wegzunehmen, son-

dern man sollte überlegen, wo man das klug im eigenen Ressort erwirtschaften kann. Zusätzlich erfolgt natürlich die bestehende Steuerung, unter anderem durch die haushaltsgesetzlichen Sperrn, die in diesem Fall bei rund 550 Millionen Euro liegen. Sie sehen, Bayern wirtschaftet hier solide.

Um das Ganze auch abdecken zu können, ist es natürlich neben der Einsparung auch in diesem Jahr wieder erforderlich, einen namhaften Betrag aus der Rücklage zu entnehmen, um den Herausforderungen gerecht werden zu können. Eine verantwortbare Größenordnung ist aus unserer Sicht eine planmäßige Entnahme von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2022. Verantwortbar ist das auch deswegen, weil die Rücklage natürlich eine Vorsorge bleiben muss, weil wir auch verfassungsrechtliche Aufgaben haben, die wir durch die Rücklage abdecken müssen, weil Tilgungsverpflichtungen ab 2024 vorgesehen sind, Haushaltsrisiken und natürlich auch Bürgschaftsverpflichtungen auf uns zukommen und Corona noch nicht vorbei ist, meine Damen und Herren!

Alles muss deswegen ausgewogen sein: die 700 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag und die 2,3 Milliarden Euro Rücklage. Dennoch ist die Gesamtbelastung durch die Sonderbelastungen höher, als es möglich wäre, ohne Schulden zu finanzieren. Deswegen werden wir die Schuldenbremse auch im Jahr 2022 formal aussetzen, wie der Bund und andere Bundesländer auch. Das ist eben möglich bei Naturkatastrophen, bei außergewöhnlichen Notsituationen. Wer möchte bestreiten, dass wir uns in einer solchen befinden? Deswegen werden wir auch im Jahr 2022 formal die Kreditermächtigungen, die wir schon haben, noch einmal anwenden und davon 5,8 Milliarden Euro planmäßig entnehmen. Das heißt, wir werden dieses Geld natürlich teilweise für die Gegenfinanzierung der Sonderbedarfe für Corona entnehmen und teilweise für Investitionsmaßnahmen für die Abmilderung der Pandemiefolgen.

Das ist nicht schön, aber als Finanzminister muss man eben auch dafür sorgen, dass wir sorgsam mit Geld umgehen, und das haben wir getan. Denn eines ist gut, wenigstens eines haben wir erreicht: Die im Jahr 2020 schon genehmigten 20 Milliarden Euro neue Schulden für das Jahr 2020 reichen damit jetzt für das Jahr 2020, für 2021 und

auch für 2022. Wir werden also keine zusätzliche Kreditermächtigung benötigen im Vergleich zu dem, was schon im Jahr 2020 vom Landtag genehmigt wurde.

Ich finde, in all den schwierigen Situationen, in denen wir uns befinden, ist das eine durchaus positive Botschaft; denn wir können in 2020 also mit der Fortschreibung der ohnehin vorhandenen Kreditermächtigung auskommen. Wir brauchen insofern keine – in Anführungszeichen – "neuen" Kredite aufnehmen, wenn wir auch buchhalterisch natürlich 5,8 Milliarden Euro auf 2022 verteilen. So wird eben dieser Dreiklang ermöglicht: Sparen, Rücklagen, Schulden. Krisenbewältigung und Investition, darauf kommt es an. Man muss schon in der Krise planen, was in Zukunft notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ich habe ja gestern schon ein bisschen gelesen und gehört, was sich der eine oder andere schon an Äußerungen abgerungen hat zu dem, was ich heute vorstelle. Wenn ich jetzt betrachte, was hier wieder überlegt und geäußert wird, was am bayerischen Haushalt möglicherweise ausgesetzt werden könnte, dann sage ich das prophylaktisch all denjenigen, die sich jetzt anschicken, jedenfalls von Bayern aus, wenigstens in der zweiten Reihe in Berlin bei der Ampelkoalition mitregieren zu können.

Ich bin ja ein Mensch, der sich gerne auch etwas anschaut und etwas lernt – man lernt nie aus –, ich bin sehr gerne ein lernender Finanzminister, aber ich bin wirklich gespannt, wie man das in Berlin jetzt alles genau handhabt: Investitionen, Steuern nicht erhöhen, Sozialabgaben nicht erhöhen, Sozialgarantie einhalten, Renten in keinem Fall beeinflussen, die Schuldenbremse auf jeden Fall einhalten und dennoch all das leisten, was man vorhat, was man den Menschen versprochen hat, meine Damen und Herren! Da bin ich schon gespannt, wie das alles gehen soll.

Wenn das nämlich funktionieren würde, dass alles das, was versprochen wurde, auch bezahlbar wäre, dann könnte derjenige, der mit einem spitzen Stift und einem Taschenrechner finanzpolitisch unterwegs ist, offensichtlich irgendwie nicht richtig rechnen. Anders könnte ich mir das nicht erklären.

Deswegen möchte ich Ihnen das bloß sagen: Bevor Sie heute die große Keule schwingen und auspacken, was in Bayern alles falsch gemacht wird, belehren Sie bitte mal in Berlin die neue Koalition. Wenn die es schaffen, mit all den Haushaltstricks, die dort geplant werden, den Haushalt zu finanzieren, dann bin ich für neue Beratungen jederzeit offen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, zu den Schwerpunkten im Haushalt gehört natürlich das Personal, keine Frage. Auch hier haben wir ja schon angekündigt, dass wir die neuen Tarifergebnisse auch auf die Beamten übertragen.

Der große Schwerpunkt nach dem Personal sind die Kommunen. Auch hier kann ich, wie beim ganzen Haushalt, immer wieder das Wort "Rekord" davorsetzen. Eigentlich muss ich, um abzukürzen, nicht immer "Rekord" sagen, aber ab und zu muss ich es wenigstens erwähnen, damit es nicht vergessen wird. Es gibt auch im Jahr 2022 einen Rekord beim kommunalen Finanzausgleich: 10,56 Milliarden Euro, 244,6 Millionen Euro mehr im kommunalen Finanzausgleich als im Jahr 2021. Erstmals überschreiten wir bei den reinen Landesleistungen die 10-Milliarden-Grenze. Die Schlüsselzuweisungen steigen auf 4 Milliarden Euro. Zusätzlich geben wir zur Investitionsunterstützung im Bereich Artikel 10 FAG und RZWas noch einmal 400 Millionen Euro einmalig als Investitionsmöglichkeit im Jahr 2022, damit die Kommunen auch wieder entsprechend weiterbauen können, bei all den Bedarfen, die man vor Ort hat. Das bedeutet, dass wir im Jahr 2022 alleine für den kommunalen Hochbau mehr als eine Milliarde Euro im Haushalt bereitstellen werden. Auch das ist, wie üblich, ein Rekord.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt ein besonderes Thema. Was bin ich die letzten Monate dazu von jetzt einer neuen Regierungskoalition angehörenden Parteien angeschrieben, ermuntert, gebeten und geschimpft worden! – Die Gewerbesteuererstattung müsse wieder gemacht werden wie im Jahr 2020. Die bayerischen Kommunen bräuchten eine Gewerbesteuererstattung. – Der Bayerischen Staatsregierung sind

immer Briefe geschrieben worden, wir sollten endlich eine Gewerbesteuererstattung machen. Das Lustigste war, dass mir die SPD-Oberbürgermeister Bayerns aus allen Richtungen schrieben, wir sollten für das Jahr 2021 unbedingt wieder die Gewerbesteuererstattung machen.

Ich habe dann mit etlichen SPD-Oberbürgermeistern großer Städte auch mal darüber gesprochen, wie das denn ist. Der Bundeskanzlerkandidat Scholz war ja auch da, hat sich hier in Biergärten feiern lassen und Wahlkampf gemacht. Das ist ja alles okay. Ich habe gefragt: Haben Sie über die Gewerbesteuererstattung gesprochen? – Antwort: Nein, da haben wir gar nicht darüber gesprochen, und im Übrigen haben wir großen Städte das große Problem schon gar nicht mehr. Die großen Städte haben das Problem schon gar nicht mehr. Es wurde gesagt: Wir brauchen das gar nicht mehr.

Meine Damen und Herren, Fakt ist: Gewerbesteuererstattung wie im letzten Jahr haben wir in Bayern für die Kommunen gerne organisiert. Noch schöner wäre es gewesen, wenn der Bund auch seinen Anteil geleistet hätte, meine Damen und Herren. Da kann die Ampel noch liefern.

(Beifall bei der CSU)

Alle, die in Berlin die nächste Zeit "mitampeln", sollen doch dafür sorgen, dass der Bund noch 330 Millionen Euro bereitstellt, wie das der Freistaat Bayern macht. Dann können wir für die Kommunen in Bayern den laut Steuerschätzung erwarteten Gewerbesteuerausfall 2021 komplett erstatten. So machen wir das halt für unseren Anteil, für die 50 %, wie wir das auch zugesagt haben, weil wir Wort halten.

Die Ampel will laut Koalitionsvertrag in Berlin lieber beschließen, dass man neues, frisches Geld nimmt für alte Schulden von Kommunen in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, im Saarland oder wo auch immer, dort, wo Kommunen Kassenkredite haben, wo Kommunen pleite sind, im Gegensatz zu Bayern; denn bei uns ist die kommunale Finanzausstattung in Ordnung. Anstatt dass die Ampel mithelfen würde, dass sie in Ordnung bleibt, will man Geld für alte Schulden in Bundesländern

aufnehmen, um diese alten Schulden zu tilgen. Liebe Ampel-Freunde aus Bayern, verhindern Sie das bitte! Verhindern Sie das!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Etat Rekordsummen für Bildung, für Hochschulen und Schulen vorgesehen: 24,7 Milliarden Euro. Das sind 1,1 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Davon sind 70 Millionen Euro für digitale Bildung. Es sind 1.250 neue Stellen im Bereich der Schulen vorgesehen – 1.250 neue Stellen! –, davon alleine 1.220 für Lehrer und das Programm "Schule öffnet sich".

Wir haben 48 Millionen Euro für die Erwachsenenbildung vorgesehen. Das ist ein Thema, das den Fraktionen recht wichtig war; man hat oft miteinander darüber gesprochen, in welchem Bereich des Bildungsetats die Erwachsenenbildung abgebildet werden kann. Ich glaube, mit 48 Millionen Euro sind wir auf höchstem Niveau angekommen.

Wir sehen 5,78 Milliarden Euro für die Hochschulen vor. Die HTA ist der Forschungsturbo schlechthin. Meine Damen und Herren, wenn man in Deutschland mit Blick auf Hochschule und Wirtschaft über Zukunft spricht, dann spricht man über die bayerische Hightech Agenda, weil damit Zukunft kreiert, erforscht und umgesetzt wird. Wir haben das Geld dafür zur Verfügung. Ich spreche die Universitätsmedizin in Augsburg und die TU Nürnberg an: neue Studiengänge, künstliche Intelligenz, Informatik, Gesundheit und Pflege. All das ist abgebildet.

Ein Bereich, der uns allen am Herzen liegt, jedenfalls wenn wir sonntags sprechen, sind Familien und Kinder. Jeder erklärt, dass dies wichtig ist; die Zukunft dieser Gesellschaft sind Kinder und Familie. Die Einzigen, die nicht nur darüber sprechen, sondern auch bezahlen und unterstützen, sind wir in Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich mit Höchstbeträgen, mit Rekordbeträgen für Familien und Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Die Förderung von Kindertageseinrichtungen in Bayern ist im Haushalt mit 2,9 Milliarden Euro veranschlagt. Das sind fast 80 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Hinzu kommen Leistungen wie das Familiengeld mit 769 Millionen Euro und viele andere Beträge, die für die Familien ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen sagen, wie sich die Ausgaben für Familien entwickelt haben. Im Bereich Förderung der Kindertagesstätten waren zum Beispiel 2009 700 Millionen Euro vorgesehen; 2018 waren es 1,98 Milliarden Euro; 2022 werden es 2,9 Milliarden Euro sein. Wir haben also in vier Jahren 1 Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Vorher hat man zehn Jahre gebraucht, um die Beträge so aufzustocken. Das zeigt, dass wir Familien mit einer unglaublichen Dynamik unterstützen. Wir unterstützen sie nicht nur mit Zahlungen und bei den Betriebskosten, sondern natürlich auch durch Investitionen in die Kitas; die Kommunen, die Träger sorgen dafür, dass unsere Kinder, unsere Familien optimal unterstützt werden. Wenn es um Unterstützung von Familien und Kindern geht, kann ich nur ein Wort sagen: Rekord!

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Bereich Verkehr und Wohnen. 395 Millionen Euro sind für die Staatsstraßen vorgesehen. 80 Millionen Euro sind für das Jugend-Ticket, für das 365-Euro-Ticket vorgesehen. Mehr als 500 Millionen Euro fließen in die Wohnraumförderung; 150 Millionen Euro sind für das kommunale Wohnraumförderprogramm und 140 Millionen Euro für das Wohngeld vorgesehen. Auch hier Rekorde, wohin man blickt.

Ich komme zur inneren Sicherheit und zum Rechtsvollzug, den wir in Bayern organisieren müssen und können. Dieser Bereich wird in Bayern massiv weiter ausgebaut. Die 500 Stellen für Polizistinnen und Polizisten, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, werden umgesetzt. Hinzu kommen 120 neue Stellen für die Justiz. Das Polizei-Budget erhöht sich um 35 Millionen Euro. Wir geben für Sicherheit und Rechtsschutz in Bayern 7,5 Milliarden Euro aus. Für die Digitalisierung von Gerichten und

Staatsanwaltschaften sind 106 Millionen Euro vorgesehen; 110 Millionen Euro stehen für den Digitalfunk zur Verfügung. Ich glaube, dass sich hier jeder wiederfindet und dass innere Sicherheit in Bayern ein Markenkern, ein Thema bleibt, das wir nicht nur beschreiben, sondern auch ausfüllen, das wir auch leben. Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist auf einem Niveau angekommen, das zu einem noch nie da gewesenen subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühl der Menschen in Bayern führt. Deswegen glaube ich, dass wir beim Optimum angekommen sind.

Natürlich haben wir noch andere Themen, die uns beschäftigen. Ich sage das nur der Vollständigkeit halber, da wir im Sommer lange über die Frage diskutiert haben, wie wir mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen und Hochwasser umgehen. Auch hier haben wir Wort gehalten. 214 Millionen Euro werden wir für die Bewältigung der Hochwasserkatastrophen dieses Jahres ausgeben. Aufgrund des Bundesfonds, den wir füttern müssen, haben wir in den nächsten Jahren 1,1 Milliarden Euro zu leisten. Wir zahlen nicht aktiv, sondern erhalten in entsprechender Höhe keine Umsatzsteueranteile. In Solidarität mit den anderen Bundesländern sorgen wir wie alle dafür, dass wir angesichts der großen Herausforderungen dieser Gesellschaft zusammenstehen können. Natürlich sind dies aber Gelder und hohe Summen, die im Haushalt dann für andere Dinge nicht zur Verfügung stehen.

Ich komme zur Digitalisierung der Infrastruktur. Auch das ist ein Thema, bei dem ich mich immer wieder wundere, wie man die Realität so ausblenden kann. Ich erlebe das oft. Wir stellen für den Glasfaserausbau im Haushalt erneut 225 Millionen Euro bereit. Die Gigabitrichtlinie konnten wir in Bayern als erste Region in Europa umsetzen. Vor eineinhalb Jahren haben wir die Zustimmung erhalten, dass wir den Glasfaserausbau dort fördern dürfen, wo es noch keine 30 Mbit/s gibt. Wir waren die Ersten in ganz Europa, die das durften. Der Bund darf es jetzt auch – noch nicht einmal seit einem Jahr.

Wir haben Bundesprogramm und Landesprogramm so zusammengefügt, dass den Kommunen eine 90-prozentige Förderung zur Verfügung steht, wenn sie Glasfaserausbau betreiben. Allerdings müssen dann, wenn sich die Glasfaserleitungen in den

Häusern und Gebäuden befinden, diese auch gebucht werden, meine Damen und Herren. Ich habe mir erst heute wieder die Zahlen angesehen. Bei den in Bayern für Unternehmen zur Verfügung stehenden Glasfaserleitungen nutzen genau 13 % der Unternehmer die volle Übertragungsleistung und buchen Gigabit – 13 %! Im privaten Bereich nutzen 2 % die zur Verfügung stehende volle Leistung.

Wir haben für unsere Ausbauaktivitäten in Bayern in den letzten Jahren mittlerweile über 2 Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben – die Kommunen, der Freistaat und der Bund mit seinem Förderprogramm –, und wir sind erfolgreich. Hinsichtlich des ländlichen Raumes liegen wir deutschlandweit auf Platz 1. In den letzten Jahren haben wir bei den Übertragungsraten in allen Bereichen 30, 50 oder 100 Mbit/s erreicht und den ersten oder den zweiten Platz erklommen. Bei der Verlegung von Glasfaserleitungen bis ins Haus liegen wir nach Schleswig-Holstein auf Platz 2. Bei Gigabit liegen wir unter Einbezug von Koaxkabel mit 64 % Quote auf Platz 4.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann doch nicht dauernd so tun, als hätten wir in Bayern noch nichts erreicht. Nirgendwo wurde so viel erreicht wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind die Ersten in Europa, die das dürfen. Wir machen das. Wir machen das auch weiter. Ich rufe alle, die Anschlüsse haben, dazu auf, die Leistung auch zu buchen.

Was die Digitalisierung angeht, haben wir heute im Kabinett weitreichende Beschlüsse gefasst. Eine Digitalagentur wird eingerichtet werden. Für die Kommunen wird es im Hinblick auf die Umsetzung der E-Government-Verfahren weitere Unterstützung geben. Ich glaube, dass wir mit diesem Haushalt einen klaren Schwerpunkt im Bereich der Digitalisierung setzen.

Bei der Wirtschaft setzen wir ohnehin einen Schwerpunkt. Mit gemeinsam mit dem Bund finanzierten Projekten haben wir für die Wirtschaft für die nächsten Jahre mittler-

weile allein im Bereich IPCEI beispielsweise 600 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt: für gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen, für Mikroelektronik, für Wasserstoff, für Batteriefertigung. Was sollen wir denn noch alles tun? Dies umzusetzen, wird eine große Herausforderung sein. Wir wollen das umsetzen. Wir in Bayern haben eine Wasserstoffstrategie. Im Hinblick auf den Klimaschutz haben wir viel Geld für Investitionen vorgesehen. Deswegen glaube ich auch hier: nur Rekorde!

Landwirtschaft und Umwelt sind in diesem Haushalt bestens abgebildet. Bei allen Förderungen gibt es Rekorde. 42 Millionen Euro sind im Bereich der Landwirtschaft für Klima, Wald, Humus und Ökolandbau vorgesehen. Wir haben 6 Millionen Euro für Tierwohl vorgesehen und erhalten zusätzlich 77 Millionen Euro Fördergeld von der Europäischen Union. Diese Gelder können investiert werden. 21 Millionen Euro stehen dem Umweltministerium für Naturschutz und Landschaftspflege zusätzlich zur Verfügung: für Moore, für den Streuobstpark, für Vertragsnaturschutz, für Wasser usw. usf.

Das Megathema ist Gesundheit und Pflege. 5,6 Milliarden Euro stehen hierfür im Haushalt. 425 neue Stellen sind für den öffentlichen Gesundheitsdienst vorgesehen, 430 Millionen Euro für das Landespflegegeld. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß es nicht, ob es in Deutschland oder auf der ganzen Welt ein Land gibt, das im Verhältnis zur Größe des Haushaltes in der Lage ist, solche Summen auszureichen, solche Sozialleistungen zu bieten, wie wir das in Bayern machen und nach wie vor zugunsten der Menschen in unserem Lande tun.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich gibt es weiterhin die Zuweisungen in den Ausgleichsfonds des Pflegeberufgesetzes und 60 Millionen Euro für Tagespflegeplätze und Pflegeheime. Das alles sind Investitionen, um gegen die Krise anzukämpfen.

Ich danke allen Fraktionen, die mithelfen und mitgeholfen haben, auch in der Pandemie, in der Krise. Wir haben oft auch mit der Opposition diskutiert. Es ist ja nicht so, dass wir überall völlig konträrer Meinung sind. Oft streitet man um die Wege, um die Summen. Ich bedanke mich ganz bewusst dafür. Die Regierungsfaktionen tragen diesen Haushalt. Ich danke ihnen in besonderer Weise. Ich danke der Opposition, dass wir vieles besprechen konnten. In der Situation der Pandemie wünschte ich mir manchmal, dass wir weniger parteipolitische Auseinandersetzungen hätten; denn wenn man die Größe der Aufgabe betrachtet, wenn man die Herausforderung sieht – größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg –, habe ich manchmal die Sorge, dass wir oft sehr kleinkrämerisch unterwegs sind, wenn es darum geht: Wie können wir diese Pandemie, diese Krise bekämpfen? Ich sehe uns auf einem sehr guten Weg. Jedenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht ist mit diesem Haushalt die Grundlage geschaffen, dass wir auch 2022 gut durch diese Krise kommen.

Aber es ist wie gesagt eine Momentaufnahme. Da werde ich dann gefragt: Kannst du ausschließen, dass 2023 die Schuldenbremse wieder gerissen wird? – Ich will es gern ausschließen, meine Damen und Herren. Aber die "Ausschließeritis" in Pandemiefragen kann beim Haushalt niemand seriöserweise betreiben. Ja, es ist mein Ziel: Ich will so schnell wie möglich zurück zu haushaltspolitischen Normalitäten. Aber die Pandemie schreibt ihre eigenen Gesetze. Da können wir planen und planen. Wie das Sprichwort sagt: Die Planer planen, und das Schicksal lacht darüber. – Deswegen hoffe ich, dass das Schicksal diesen Planungen zur Wahrheit verhelfen wird. Jedenfalls haben wir unser Bestes gegeben.

Da danke ich meinem Haus, allen, die in den unterschiedlichsten Abteilungen im Namen unserer Staatsregierung für den Haushalt Verantwortung tragen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Ich danke meinen Kollegen im Kabinett und in der Staatskanzlei. Wir haben in langer Klausur über diesen Haushalt beraten.

Dieser Haushalt ist ein Angebot an alle in Bayern, diese Krise gemeinsam zu bewältigen. Er ist das momentane Planungsoptimum. Wer jetzt genau sagen kann, was in

den nächsten Monaten geschieht, der sollte sich melden. So jemanden suche ich. – Wir planen jetzt auf der Grundlage, bei der wir wissen, was man planen kann. Wir haben die Zukunft fest im Blick mit Bildungsausgaben, Gesundheitsausgaben, Digitalisierung, einer hervorragenden Infrastruktur, Klima – so viel Geld wie noch nie in Bayern für Investitionen im Bereich Klima –, und das alles bei größtmöglicher Zurückhaltung bei der Neuverschuldung. Das ist ein echter Zukunftshaushalt.

Wenn ich am Anfang sagte, wir investieren gegen die Krise, dann kann ich das zum Schluss sehr gut belegen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir hatten im Jahr 2021 9,9 Milliarden Euro an Investitionsausgaben geplant mit einer Investitionsquote von gut 14 %. Ich konnte damals vermelden: Rekord. – In diesem Haushalt haben wir 11,3 Milliarden Euro mit einer Investitionsquote von annähernd 16 %, die dafür vorgesehen ist, sich gegen die Pandemie zu stemmen. Das ist ein totaler Rekord, und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir uns in dieser großen Krise – wünschen kann man immer – überlegen, wo wir noch mehr Geld ausgeben können, sondern wir müssen jetzt alle miteinander überlegen, wie wir ausgewogen handeln. Krisenbewältigung ist das eine, die Einhaltung der Schuldenbremse das andere. Es ist notwendig, die Politik danach auszurichten. Wenn man über die Schuldenbremse redet, dann muss man auch Politik danach machen. Deswegen geht es darum, die Krise zu bekämpfen und in die Zukunft zu investieren und Schulden nur dort aufzunehmen, wo es nötig ist.

Diese Gesellschaft muss den Zusammenhalt gut organisieren. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg. Ohne gesunde Menschen gibt es keinen wirtschaftlichen Erfolg, ohne Zusammenhalt in der Gesellschaft auch nicht. Deswegen müssen wir alles dafür tun. Ich stehe ja nicht so oft hier, um diese Dinge zu besprechen; aber ich glaube, dass wir in finanzieller Hinsicht mit diesem Haushaltsentwurf einen großartigen Beitrag leisten zum Zusammenhalt dieser Gesellschaft – wenn wir denn wollen. Wir führen dieses Land verantwortungsbewusst durch diese Krise.

Jetzt kommt es darauf an, ob wir den Menschen Angst machen oder mit den Möglichkeiten unseres Haushalts Perspektive und Hoffnung schaffen. Hier ist so viel enthalten, meine Damen und Herren, dass Perspektive und Hoffnung aus diesem Haushalt in finanzpolitischer Hinsicht gut erwachsen können. Wir machen das. In Bayern ist auch Haushaltspolitik nachhaltig, Klimapolitik ohnehin. Ich bin mal gespannt, was wir in den nächsten Monaten von Berlin lernen, wie man es besser machen kann. Ich sprach es an: Die "kreativen" Ideen dort und der Glaube, niemand wird es merken – meine Damen und Herren, das wird in den nächsten Monaten sicherlich viele Diskussionen auslösen.

Wir wollen in Bayern Bewegung. Deswegen organisieren wir in Bayern Kreisverkehre. "Ampel" ist Stillstand, ist Stop and Go.

(Zuruf)

Kreisverkehr ist Bewegung, Aktivität und Zukunft. Das brauchen wir in Bayern: Aktivität, Bewegung und Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Dafür steht dieser Haushalt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister, auch für die freundlichen Glückwünsche für die persönliche leichte Veränderung der Jahreszahl bei mir. Im Gegensatz zu den anderen Zahlen war das bei meiner persönlichen Jahreszahl eine kleine "Fummelei". Vielen Dank dafür.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Wir haben 119 Minuten Redezeit vereinbart. Die erste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Staatsminister! Zum wiederholten Mal kommt

der Entwurf des Haushaltplans erst kurz vor Weihnachten. Das kennen wir. Das ist knapp und schwer vorzubereiten, sowohl für die Opposition als auch für Ihre eigenen Leute. Aber darf ich mal fragen: Womit haben Sie sich im Spätsommer eigentlich beschäftigt? Mit Corona offensichtlich auch nicht. Dazu kommt jetzt nämlich noch eines: Mitten in der Krise können wir den Haushalt erst zum 2. Quartal beschließen. Stellen können so frühestens ab April geschaffen und besetzt werden. Alle freiwilligen Leistungen sind aufgeschoben. Statt das Land am Laufen zu halten, lassen Sie jetzt die Kommunen, die Träger, warten, weil die Förderung nicht klar ist, und das bei dieser Lage in Bayern!

Ja, vorläufige Haushaltsführung spart immer Geld. Aber ich hoffe nicht, dass das Ihr Hintergedanke war. Ihr verspäteter Haushalt hat nämlich zur Folge, dass über den Jahreswechsel hinaus ein Großteil unserer Leute von den Finanzämtern weiter an die Gesundheitsämter delegiert werden. Sie haben selber gesagt: 425 neue Stellen, die jetzt nicht rechtzeitig geschaffen und besetzt werden können, an diesen Gesundheitsämtern, die Sie jahrelang unzureichend ausgestattet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Knapp 71 Milliarden Euro umfasst dieser Haushalt. Was ist drin, was fehlt? – Zunächst ist endlich der pauschale "Stellenabbauparagraph" 6b weg. Das haben wir 20 Jahre lang gefordert. Danke für zumindest diese Einsicht. Wir hatten im Herbst einen 10-Punkte-Plan vorgelegt und die Richtung vorgegeben. Wir hatten mindestens eine Milliarde Euro für Klimaschutz und Klimaanpassungen in Stadt und Land gefordert. Und siehe da: Der Ministerpräsident hat daraufhin eine Klimamilliarde verkündet. Wir haben allerdings eine Klimamilliarde im Haushalt 2022 gemeint. Sie haben die Milliarde mit Verpflichtungsermächtigungen auf die nächsten Jahre verteilt. Rüsten Sie die Kommunen jetzt endlich für Starkregenereignisse und für Dürren! Denken Sie an die Klimaanpassung, und zwar schon bevor eine Katastrophe passiert! Spätestens nach den Ereignissen in Simbach und anderswo in Bayern ist doch jedem klar: Wenn wir noch länger warten, wird es unendlich teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Klimaanpassung" aber bleibt ein Unwort für diese Staatsregierung. Bei allen Haushaltstiteln, in denen das Wort "Klimaanpassung" vorkommt, wurde gekürzt. Dabei brauchen die Kommunen und Landkreise Mittel für Kartierungen, für Notfallpläne, für Hitzeaktionsmanagement oder für Wassermanagement. Für eine Klimaresilienz reichen die 34 Millionen Euro mehr im Ministerium für Umwelt also noch nicht.

Für Moorschutz – das will ich auch sagen – habe ich 25 Millionen Euro gefunden. Sehr gut! Verwenden Sie dieses Geld aber bitte nach der ORH-Kritik nicht nur für den Ankauf von Mooren, sondern auch für echte Renaturierungen, und seien Sie dann bitte auch konsequent, meine Damen und Herren, und verhindern Sie die Bebauung in Moorgebieten wie in Nassenfels oder die Gasförderung oder gar Fracking, wie es in Halfing momentan in der Luft hängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas: Planen Sie den Waldumbau und das neue Non-Profit-Denken für unsere Staatsforsten ein! Die Anhörung war mehr als deutlich. Wir brauchen Mittel für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Ihr eigenes Maßnahmenprogramm weist ganz klar mehr Ausgaben aus, als Sie jetzt angesetzt haben. Wir werden ein weiteres Mal den Wasser-Cent einbringen. Ich wundere mich sowieso darüber, weil Sie ihn ebenso wie der Umweltminister in der Pressekonferenz eigentlich schon in der Regierungserklärung angekündigt haben, er jetzt aber im Haushaltsentwurf gar nicht enthalten ist.

Dieser Sommer hat gezeigt, dass wir einen effektiven Katastrophenschutz brauchen. Das geht von der Ausbildung über die Ausstattung der Rettungskräfte bis hin zu funktionierenden Schnittstellen und Vernetzungen. Wir haben hier offene Flanken. Damit hat die Kollegin recht. – Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes. Es müssen aber alle schnell reagieren können. Es wäre richtig effizient und innovativ, jetzt in Bayern schnellstens und vorausschauend eine Lehr-

gruppe zu bilden und für die Schulung der Führungsgruppe Katastrophenschutz in unseren Verwaltungen bereitzustellen. Jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Verkehrssektor: Ja, endlich gibt es Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und die Wiederaufnahme des Schienenpersonennahverkehrs, vor allem im ländlichen Raum. Ja, das ist super, wenn das Geld dann auch wirklich fließt und verbaut wird. 10 Millionen Euro für die Radoffensive klingen auch gut; das reicht aber nur für drei Kilometer Radschnellweg. Treten Sie da bitte in die Pedale! Da geht noch sehr viel mehr. Ich fürchte, Sie haben noch nicht verstanden, wie groß der Handlungsdruck ist. Machen Sie eine Kehrtwende; denn Sie kennen ja den Befehl: Wenn möglich, bitte wenden.

Noch ein Wort zu den JaS-Stellen – Jugendsozialarbeit an Schulen –: Der Bund hat für Bayern 140 zusätzliche Stellen genehmigt, um den Folgen aus der Pandemie und der Krise zu begegnen. Sie legen die harte bayerische Richtlinie darauf, sodass kaum einer diese finanzierten Stellen beantragen kann. Von den 140 vom Bund finanzierten Stellen wurde 2021 in Bayern noch gar keine geschaffen. Das zeigt, wie egal dieser Staatsregierung unsere Jugend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche zeigt übrigens ein Schreiben von gestern, wo es klipp und klar heißt, dass die Berufseinstiegsbegleitung ausläuft. Es gibt dreieinhalbtausend Jugendliche mit schwierigen Startvoraussetzungen, und eine bewährte Maßnahme für gute Ausbildungsverhältnisse wird abgewürgt. Ich hatte schon erwartet, dass Sie nach all diesen Diskussionen und all diesen Schreiben der ausbildenden Unternehmen einen Weg gefunden hätten und die Jugendlichen nicht endgültig hängen ließen.

Noch einmal zum traurigen Thema Jugend: Sie haben 1.000 Stellen für die Umstellung auf das G9 in den Haushalt geschrieben; das schaut gut aus. Sie haben diese

aber bis 2025 gesperrt. Glauben Sie wirklich, dass Sie im Jahr 2025 auf einmal wirklich 1.000 Lehrer herbringen? Woher wollen Sie die holen? Wir laufen hier wieder in einen Lehrermangel hinein. So viel zu den großzügigen Taten für Familien und Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rechnen wir doch einmal richtig miteinander nach. In den letzten beiden Jahren haben Sie 20 Milliarden Euro kreditfinanziert für die Corona-Bekämpfung und gegen das Versprechen, gut zu haushalten und den Rest zurückzugeben, bekommen. Böse Zungen haben schon damals gesagt, dass man von diesem Geld nichts mehr wiedersehen werde. Siehe da! – Im neuen Haushaltsentwurf etikettieren Sie den Rest einfach um und nennen es Corona-Investitionsprogramm, Herr Minister. Das hat zeitlich und inhaltlich überhaupt keinen Zusammenhang zur aktuellen Notlage. Das hat überhaupt nichts mit der Corona-Pandemie zu tun. Ich zitiere einmal aus der Liste: 148,5 Millionen Euro für Baumaßnahmen in Schulen. – Super, hat aber nichts mit Corona zu tun. 18 Millionen Euro für Dorferneuerung. – Sie haben doch schon vor Corona die Ortskerne mit den Gewerbegebieten am Ortsrand ausbluten lassen. Die gesamte Kampagne "Klimaland Bayern" zahlen Sie jetzt aus Corona-Mitteln. 46 Millionen Euro für Um- und Ausbau von Staatsstraßen, obwohl schon 350 Millionen Euro beim Fachministerium stehen. Staatsstraßen wegen Corona? – Das ist wirklich lächerlich.

Im Übrigen zu allen von Ihnen vorgetragenen und heute verkündeten Digitalisierungsmaßnahmen: Heißt das, dass wir uns die Diskussion und die Debatte über den Haushalt sparen können? Eigentlich wird so etwas nach Verabschiedung des Haushalts, zumindest aber nach der Ersten Lesung verkündet. Damit Sie mich richtig verstehen: Die ganzen Investitionen – Straßenbau vielleicht nicht gerade – sind dringend notwendig und eigentlich auch richtig. Wir haben sie jahrelang vorgeschlagen. Aber dann nennen Sie das Kind bitte beim Namen! Werden Sie ehrlich und erzählen Sie nicht, Sie machten keine Schulden. Sie haben den ganzen Herbst lang erzählt, Sie machten keine Schulden. Die Wahrheit ist: Sie nehmen 5,8 Milliarden Euro an Krediten im Jahr 2022 auf. Jetzt ist es eng geworden, und jetzt mogeln Sie sich wieder über

zweckentfremdete Corona-Kredite durch. Was machen wir, wenn die Pandemie im Januar vielleicht nicht zu Ende ist und wir das Geld für Corona doch noch gebraucht hätten?

Sie haben sich treiben lassen, anstatt aktiv in die Zukunft zu planen. Das war die ganzen letzten Jahre in Bayern so. Die Konjunktur war gut, und es gab viel Steuergeld; alles Geld ist ausgegeben. Sie hatten so viel Steuergeld; auch heuer waren es am Ende wieder 3,4 Milliarden Euro mehr als zuletzt geschätzt. Parallel ist unter dem Ministerpräsidenten Söder unsere Rücklage von 11,3 Milliarden Euro auf inzwischen nur noch 4,1 Milliarden Euro geschrumpft. Das Geld ist versickert und wurde mit vollen Händen ausgegeben, übrigens meistens für Ihre Wahlgeschenke. Weil das Geld aber knapp ist, hatte der Ministerpräsident heuer eine neue Idee. Er verteilt jetzt immer Gutscheine, wenn es brennt: Gutscheine für Schwimmkurse und Gutscheine für Vereinsmitgliedschaften. Vor Ort kann man das gar nicht einlösen, weil die Vereine gar nicht wissen, wie sie das handhaben sollen.

Alle Versäumnisse der letzten Jahre schlagen jetzt doppelt zurück. In der Pflege fehlen Plätze und Personal; die fehlende Digitalisierung wirft Bayern zurück, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich. Wir sind immer noch nicht in der Lage, Daten über Tests und Infektionen einheitlich von Amt zu Amt zu schicken. Die Liste der öffentlichen Gebäude, die energetisch fit gemacht werden müssen, wird länger und länger. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht das mit "Jahrhundertprojekten" gemeint haben, dass es noch ein Jahrhundert dauert, bis einmal unsere Hochschulen und Kliniken fit gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle unsere Wohlfahrtsverbände ächzen, weil der Eigenanteil von 10 % realiter schon längst überschritten wurde.

Ich habe noch einmal eine direkte Frage, weil wir uns ja eigentlich gut miteinander im Ausschuss unterhalten: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREI-

EN WÄHLER, wo ist denn Ihr Blick aufs Ganze? – Sie werden jetzt Ihre Fraktionsreserve von noch einmal 60 Millionen Euro obendrauf verteilen. Das sind schöne Projekte, und es gibt in Ihren Stimmkreisen schöne Pressefotos; keine Frage. Ich sage Ihnen aber: Was bei Ihnen vor Ort nicht auskömmlich finanziert ist, das gilt doch für ganz Bayern. Geben Sie sich einen Ruck, und stellen Sie dazu wegweisende Anträge, von denen alle etwas haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unserem Mittelstand geht gerade die Puste aus. Leuchtturmprojekte Ihrer sogenannten Hightech Agenda Bayern helfen unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen überhaupt nicht. Das Rückgrat unserer Wirtschaft wird von Ihren Milliarden für bayerische Marsmissionen überhaupt nicht erreicht. In einer solchen Lage kürzen Sie auch noch den Meisterbonus um 28 %! Was tun Sie eigentlich für den Mittelstand und die duale Ausbildung in einer Zeit, in der wir händeringend Fachkräfte brauchen?

Sehr geehrte Damen und Herren, ich erwarte mir ernsthafte Sachdebatten. Ernsthaft heißt eben nicht, dass am Donnerstagvormittag im Fachausschuss unser Antrag auf Unternehmerlohn für die von der Absage der Weihnachtsmärkte betroffenen Schausteller abgelehnt wird und der Ministerpräsident eine Stunde später genau diese Hilfen wörtlich verkündet.

(Unruhe)

Sind Sie abgekoppelt vom Handeln der Staatsregierung? In den letzten Jahren haben Sie viel versiebt, wenn ich das einmal so sagen darf. Sie haben viel konsumtiv ausgegeben, statt in die Infrastruktur zu investieren. Das ist nämlich alles Teil der Misere, in der wir jetzt sind. Jetzt nehmen Sie alles an Schulden auf, was geht, geben aber keinerlei sinnvolle Einsparvorschläge. Sie erhöhen alles Mögliche einfach einmal. – Das ist schön, aber Struktur kriegt das Ganze so nicht. Sie müssen sich bitte endlich einmal entscheiden und den Leuten sagen, wohin die Reise geht.

Dieser vorgelegte Gesetzentwurf hat unseres Erachtens keine Richtung. Den Klimaschutz auszurufen und über 400 Millionen Euro für den Neubau von Staatsstraßen anzusetzen, widerspricht sich. Nötig ist jetzt eine konsequente und ehrliche Politik, auf die sich die Unternehmen und die Menschen in unserem Land auch verlassen können. Ja, wir werden viel Geld brauchen, und die Zeiten sind schwieriger geworden. Umso wichtiger ist es, dass jetzt endlich zielgerichtet für Bayern geplant wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt ist weltweit die zentrale Kompetenz der Parlamente und insbesondere auch des Bayerischen Landtags. Bayern ist nach wie vor in der glücklichen und hart erarbeiteten Situation, dass wir finanziell stärker und solider sind als andere Bundesländer und der Bund. Liebe Frau Kollegin Köhler, das haben wir uns hart erarbeitet. Das wurde uns nicht geschenkt. Das ist keine Gottesgnade. Das haben wir uns durch die langjährige Politik der Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN hart erarbeitet, weil wir schon immer auf solide Haushalte setzen. Wir wissen, dass das in anderen Ländern, die lange Zeit andersfarbig regiert worden sind, nicht der Fall ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses zentrale Steuerungselement steht momentan auf unsicheren Beinen. Wir wissen nicht genau, wohin sich die Pandemie entwickelt. Vor Kurzem dachten wir noch, es wird besser. Jetzt befinden wir uns in der vierten Welle. Lieber Finanzminister Albert Füracker, die Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfs ist deshalb eine besonders gelungene Leistung. Dafür möchte ich dir und deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium ganz besonders Danke sagen. In diesen schwierigen Zeiten einen so hervorragenden Haushalt vorzulegen, gelingt mit Sicherheit nicht jedem.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Frau Kollegin Köhler hat vorhin gesagt, der Haushalt komme zu spät. Ich sehe das vollkommen anders. Der Haushalt ist genau zur richtigen Zeit hier im Landtag eingebracht worden. In den Entwurf konnten die Ergebnisse der Steuerschätzung aus dem November eingearbeitet werden. Sie haben selber gesagt, die Steuereinnahmen seien deutlich höher ausgefallen. Das ist für dieses und auch für das nächste Jahr der Fall. Das ist sehr gut für uns und bedeutet auch, dass wir die Kreditaufnahme reduzieren konnten. Wir sorgen insgesamt dafür, dass die 20 Milliarden Euro, die ursprünglich für ein Jahr geplant waren, für drei Jahre reichen werden. Wenn wir das nicht gewusst hätten, hätten wir anders agieren müssen. Auf der Grundlage dieser Zahlenbasis können wir im neuen Jahr diskutieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorläufige Haushaltsführung ermöglicht uns, diese relativ kurze Zeit zu überbrücken und die notwendigen Leistungen für die Menschen in Bayern zu erbringen.

Bayern hat nicht umsonst durch zwei bedeutende Agenturen ein Spitzenrating erhalten. Standard & Poor's und Moody's haben uns bescheinigt, dass wir im Hinblick auf die finanzielle Solidität als einziges Bundesland Deutschlands an der Spitze stehen. Die Experten würdigen ausdrücklich die Anstrengungen der Staatsregierung und des Bayerischen Landtags, die Wirtschaft in Bayern zu stabilisieren und gleichzeitig die Staatsverschuldung verantwortungsvoll im Blick zu haben. Das Lob der Finanzmärkte gebührt in erster Linie unserem Finanzminister und dem Finanzministerium, aber auch den Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN hier im Haus, die diese solide Politik mittragen. Ich möchte allen ein Dankeschön hierfür sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen haben alle Fraktionen, auch die Fraktionen der Opposition, durch die Weihnachtspause zehn Wochen Zeit bis zu den Haushaltsberatungen, um sich intensiv mit dem Haushalt zu beschäftigen. Ich hoffe, dass in dieser Zeit auch der nötige Lerneffekt bei der Opposition eintritt.

(Zurufe)

Im Anschluss können wir solide diskutieren. Die Diskussion im Haushaltsausschuss ist immer von hoher Qualität. Dabei schließe ich alle Fraktionen mit ein. Ich bedanke mich für das gute Miteinander bei den Beratungen, wenn wir außerhalb des Plenums wieder zur Sachlichkeit zurückkehren. Frau Kollegin Köhler, an sich sind wir immer sehr sachlich unterwegs. Heute haben Sie jedoch Punkte hervorgekehrt, die Sie anders und aus meiner Sicht falsch einschätzen. Ich werde gerne darauf kontern.

Der Sonderfonds Corona ist natürlich wieder notwendig. Auch der Bundesfinanzminister und zukünftige Kanzler hat zugestanden, dass es ohne eine coronabedingte Schuldenaufnahme nicht gehen werde. Wir hoffen, dass diese Situation bald aufhören wird und die Steuereinnahmen entsprechend steigen werden. Dafür müssen wir alles tun. Gleichzeitig müssen wir die notwendige Vorsorge für Gesundheitsausgaben und Investitionen in die Zukunft treffen. Das hat Bayern immer ausgezeichnet: das Notwendige zu tun, die Zukunft immer fest im Auge zu haben und gleichzeitig solide zu wirtschaften.

Das Investitionsprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden Euro dient dazu, die Wirtschaft aus der Krise zu führen. Es soll nachhaltiges und selbsttragendes Wachstum im Bereich der kommunalen und staatlichen Infrastruktur, der Digitalisierung, des Klimaschutzes, der Bildung und in vielen weiteren Bereichen erzeugen. Für den staatlichen Hochbau wird fast eine Viertelmilliarde Euro zur Verfügung gestellt. Die soziale Infrastruktur ist ganz wichtig. Der Landesbehindertenplan enthält viele Projekte, die auf der Warteliste stehen. Hierfür werden 95 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Wichtig ist auch der Um- und Ausbau von Staatsstraßen.

An dieser Stelle verstehe ich die Kritik der GRÜNEN am allerwenigsten. Ich und viele von uns leben auf dem Land. Dort weiß man, dass der öffentliche Personennahverkehr wesentlich von den öffentlichen Staatsstraßen getragen wird. Busse und E-Bikes brauchen auch Straßen und Radwege. Das heißt, dort muss gebaut werden. Die Staatsstraßeninfrastruktur umfasst auch die straßenbegleitenden Radwege.

Wir haben die Reaktivierung von Bahnstrecken aufgenommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines muss man dazu wissen. Es geht um Strecken, die das Tausender-Kriterium nicht erfüllen. Wir werden die Kommunen stärker einbinden müssen. Die Forderung, dass der Freistaat das finanzieren soll, wird nicht ausreichen.

Die Digitalisierung soll beschleunigt werden. Das Budget für die Beschleunigung der Digitalisierung ist ganz wichtig. Das Digitalministerium kann übergreifend tätig werden, damit schnell und kurzfristig gehandelt werden kann. Das war uns sehr wichtig. Über das innovative Konzept kann das Ministerium im Bereich dieser Millionen selbst entscheiden.

Wir führen die Hightech Agenda fort. Diese umfasst 400 Millionen Euro. Das ist wichtig und ganz entscheidend. Bayern zeichnet sich dadurch aus, dass wir in diesem Bereich führend sind. Frau Köhler, ich verstehe nicht, dass immer wieder irgendwelche Weltraumpläne genannt werden. Sagen Sie mir doch einmal konkret, was in den Weltraum geflogen werden soll. Das ist doch ein Nebenprodukt. Es geht doch um wesentlich andere Punkte wie die künstliche Intelligenz. Ganz wichtig ist auch die Gesundheitsforschung in diesem Zusammenhang. Das befördern wir ganz entschieden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Davon lassen wir uns auch von Ihnen nicht abbringen. Sie brechen immer nur einzelne Dinge heraus, um uns Fehler nachzuweisen, die mit Sicherheit keine sind.

Was wir nicht in dem Haushaltsplan finden, ist der Corona-Vorsorgeansatz, der in den ersten beiden Jahren wichtig war. Im ersten Jahr war der komplette Corona-Topf betroffen. Dann waren es nur noch gut 2 Milliarden Euro. Dieser Bereich war ganz wichtig. Wir brauchen ihn so jedoch nicht mehr. Wir kommen wieder zur regulären Aufstellung der Haushalte zurück. Wir werden, wenn wieder Geld notwendig ist – man weiß es nicht hundertprozentig –, mit über- und außerplanmäßigen Ausgaben, mit den klassischen Instrumenten hantieren müssen, die uns gegeben sind. Wir werden erforderlichenfalls auch einen Nachtragshaushalt beraten müssen, wenn er notwendig wä-

re. Auf die Dauer ist ein Sonderfonds nicht das Mittel der Wahl. Wir hatten eine Sondersituation und müssen jetzt langsam wieder zum Normalmodus zurückkommen, auch wenn uns die Außergewöhnlichkeiten noch eine Zeit lang begleiten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch vor wenigen Monaten dachte ich, dass wir heute darüber reden würden, wie wir die Abfinanzierung der Corona-Hilfen und die Rückzahlung der Schulden bewältigen können. Davon sind wir aufgrund der aktuellen Entwicklung leider noch ein Stück entfernt. Im Kabinett wurden jetzt Hilfen für die Schausteller und andere Berufe, die von der Absage der Weihnachtsmärkte betroffen sind, beschlossen. Hier können noch andere Herausforderungen auf uns zukommen. Wir werden hier schnell reagieren, wenn Not am Mann ist.

Wir stehen uns nicht aus der Verantwortung. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Kompensation der Gewerbesteuer. Der Finanzminister hat es vorhin gesagt: Wir haben kein Verständnis dafür, wenn die Ampelkoalition in Berlin wieder das alte Lied von der Entschuldung der Kommunen von Altschulden singen will. Dieses Lied bringt uns in Bayern nichts, weil wir unsere Kommunen, die deutlich geringer verschuldet waren als die Kommunen in anderen Bundesländern, schon lange von ihren Altschulden entschuldet haben. Wir haben diese Kommunen stabilisiert. Jetzt geht es wieder los. Wir zahlen in Berlin einen größeren Anteil der Steuereinnahmen und haben daneben noch den Länderfinanzausgleich, der immer noch existiert, auch wenn er im Haushalt so nicht mehr zu finden ist. Wir sollen also wiederum für die verfehlte Politik von rot-grünen Regierungen mitzahlen, die ihre Kommunen über Jahrzehnte hinweg im Stich gelassen haben. Nun soll es der Bund mit bayerischen Geldern richten. Das lehnen wir ab!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben trotzdem 330 Millionen Euro bereitgestellt, um vor allem die kreisangehörigen Gemeinden zu unterstützen. Das ist nur der halbe Anteil; denn die andere Hälfte vom Bund kommt ja leider nicht. Das Ergebnis der Steuerschätzung hat gezeigt, dass

die kreisangehörigen Gemeinden noch einen Bedarf an Hilfen haben, während die Städte eher mit Aufwüchsen rechnen können. Das ist wichtig, um den Ausgleich zwischen Stadt und Land zu schaffen.

Wir fahren einen Spagat zwischen coronabedingten Hilfen und der Investition in die Zukunft. Ich werde nachher noch ein paar Beispiele bringen, bei denen wir besonders aktiv sind und Schwerpunkte setzen. Das ist nämlich entscheidend. Wir leben zwar in Corona-Zeiten, wollen aber Bayern auch über diese Zeit hinaus zukunftsfähig aufstellen. Dafür brauchen wir das Bewusstsein für solide Finanzen und Investitionen in die richtigen Projekte zur richtigen Zeit. Diesbezüglich haben wir keine Versäumnisse, wie das Frau Kollegin Köhler gesagt hat. Nein, wir investieren dann, wenn es notwendig und sinnvoll ist.

Es erstaunt mich immer wieder, wenn ich höre, wir hätten Mehreinnahmen. Ja, die haben wir. Sie waren auch dringend notwendig. Deshalb können wir jetzt die Schuldenaufnahme reduzieren. Das ist doch klar: Die Neuverschuldung ist in der Bayerischen Verfassung nur in Notlagen vorgesehen. Sofern mehr Steuereinnahmen reinkommen, ist die Kreditaufnahme zu reduzieren. Dann dürfen die Ausgaben nicht erhöht werden. Wenn die GRÜNEN und die Opposition das anders sehen, dann liegen sie falsch und wollen etwas Verfassungswidriges. Wir tun nichts Verfassungswidriges! Wir stellen den Haushalt solide und verfassungskonform auf.

Natürlich ist es auch wichtig, dass wir über ein finanzielles Polster verfügen. Wir entnehmen der Rücklage 2,3 Milliarden Euro, weil nicht alle unsere Aufgaben über die Corona-Kreditaufnahme finanziert werden können und dürfen. Das wollen wir auch nicht. Die Rücklage wird sich aber trotzdem zum Jahresende immer noch auf 6 Milliarden Euro belaufen, weil wir aus den Resten wiederum einen Aufwuchs erwarten. Das ist auch notwendig, damit wir in der Zukunft ein Polster haben, um wichtige Ausgaben zu tätigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Aushöhlung der Schuldenbremse, auch nicht durch Green Bonds oder Ähnliches, was die GRÜNEN vor sich hertragen. Ich möchte es einmal sehr deutlich sagen: Ich bin gespannt, was die FDP im Bund tun wird, die derlei auch immer abgelehnt hat. Wird sie es im Kreuz haben, eine versteckte Staatsverschuldung im Bund zu verhindern?

Betrachten wir uns die Gesamtsituation, dann sind wir in Bayern trotz 20 Milliarden Euro neuer Schulden, die wir in drei Jahren aufnehmen, immer noch mit Abstand das solideste Land im Bundesgebiet. Unsere Pro-Kopf-Verschuldung beträgt rund 2.600 Euro. Davon gehen rund 549 Euro auf das Konto des Sonderfonds Corona-Pandemie in diesem Jahr. Das ist deutschlandweit die niedrigste Verschuldung überhaupt. Der Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer liegt bei 8.650 Euro, also dreimal so hoch. Das müssen wir wissen, wenn wir heute darüber diskutieren, was wir besser machen könnten. Wir sind da offen und nehmen auch immer wieder einmal Ideen auf. Liebe Frau Kollegin Köhler, ich verstehe es nicht, dass Sie uns vorwerfen, dass wir Vorschläge von Ihnen ablehnten. Ja, das ist so, weil diese Vorschläge zur Unzeit kommen. Wenn die Vorschläge jedoch grundsätzlich gut sind und finanziert werden können, kommen wir gern darauf zurück. Warum Sie das nicht gut finden, verstehe ich nicht. Sie könnten das doch als Erfolg verkaufen. Sie tun das aber nicht. Daran sind Sie aber selber schuld.

Wir müssen jetzt nicht nur Corona-Folgen bewältigen, sondern auch die Wirtschaft ankurbeln. Deshalb haben wir das Investitionsprogramm aufgelegt. In vielen Branchen gibt es gestörte Lieferketten, Materialknappheit, hohe Energiepreise und eine hohe Inflation. Wir sparen, weil wir einer unsoliden Ausgabenpolitik entgegenwirken wollen. Die globale Minderausgabe in Höhe von 700 Millionen Euro ist ein Zeichen: Wir nehmen nicht nur Schulden auf, sondern sparen auch in den Ressorts ein. Hier werden Ausgaberechte genutzt, die sonst nicht mehr verbraucht werden können oder gar nicht mehr gebraucht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen vorausschauenden Haushalt, mit dem wir Impulse setzen. Wir stellen eine Klimamilliarde zur Verfügung. Das ist ein gewaltiger Betrag. Wir investieren diese Milliarde genau dort, wo es notwendig ist. Dazu gehören der Hochwasserschutz bei Starkregenereignissen, Energieeffizienz und vieles andere mehr.

Wir investieren auch sehr stark in die Bildung. Die Bildung ist für uns ein ganz wichtiger Schwerpunkt. Das sind insgesamt rund 25 Milliarden Euro, ein riesiger Brocken im Haushalt. Wir schaffen auch Stellen, zum Beispiel 1.120 Lehrerstellen. Wir investieren außerdem in die Digitalisierung der Schulen. Natürlich liegt dafür die Hauptverantwortung bei den Sachaufwandsträgern, also den Kommunen. Sie müssen die Hilfe, die wir anbieten, annehmen und durch den Ausbau umsetzen. Da sind wir schon sehr weit. Das ginge ohne die Förderung des Freistaats Bayern nicht. Mit 409.000 haben wir in Bayern die höchste Anzahl an Studenten, die es jemals gab. Wir investieren an den Universitäten nicht nur in die Lehre, sondern auch in die Infrastruktur, also die Gebäude, die wir für die Wissenschaft und die Forschung in Bayern allenthalben errichten.

Uns sind die Kinder und die Familien wichtig. 2,9 Milliarden Euro gehen in die Kindertageseinrichtungen, ein gewaltiger Betrag, mit dem wir die Kommunen unterstützen und die Eltern von Beiträgen entlasten. Mit diesen Mitteln werden auch das Bayerische Krippengeld und das Familiengeld mit 770 Millionen Euro finanziert, die noch oben draufkommen. Wir schaffen außerdem 73.500 neue Kinderbetreuungsplätze, indem wir die Mittel aus dem 4. Sonderinvestitionsprogramm erhöhen.

Ein weiterer unserer Schwerpunkte ist die innere Sicherheit. Keine andere Partei tut so viel für unsere Polizei wie die CSU. Bayern hat die niedrigste Zahl an Straftaten und die höchste Aufklärungsquote in ganz Deutschland. Bei uns lebt man dreimal sicherer als in der Bundeshauptstadt Berlin und doppelt so sicher wie im einwohnerstärksten Bundesland NRW. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin gespannt, was die Ampel in Berlin künftig im Bereich der inneren Sicherheit tun wird, ob sie diese Leis-

tungen, die wir erbringen, auch auf Bundesebene halten kann. Ich bin gespannt, ob der Schwerpunkt der Ampel-Regierung auf der inneren Sicherheit liegen wird. Wir werden es sehen. Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Beschlüsse zur Zuwanderung werden auch uns in Bayern Geld kosten. Ich hoffe, dass Sie alle Folgen der Beschlüsse, die Sie in Berlin anrichten, finanzieren werden. Diese Beschlüsse blühen auch uns in unserem schönen Bundesland Bayern, ohne die Beteiligung eines bayerischen Ministers.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister musste einen schwierigen Spagat zwischen den Hilfen in der Corona-Pandemie und den Investitionen in die Zukunft schaffen. Ich glaube aber, dass dieser Spagat bestens gelungen ist. Ich freue mich auf die Beratungen in den Gremien und bin schon gespannt, welche Anträge kommen werden. Ich bin überzeugt, dass wir mit unseren Fraktionsinitiativen die richtigen Schwerpunkte an den richtigen Stellen setzen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Ministerpräsident Söder ist leider heute nicht anwesend. Es geht ja nur um seinen Haushalt mit einem Umfang von 71 Milliarden Euro. Da muss man ja nicht kommen. In dieser Debatte geht es um den Haushaltsplan für das Jahr 2022. Der Haushaltsplan erfasst und bestimmt die Einnahmen und Ausgaben des Freistaats für das nächste Jahr. Der Haushaltsplan liefert also den genauen Fahrplan, wohin die Reise gehen soll, für was Geld ausgegeben wird und für was nicht. Er zeigt auch, wie viel Geld zum Verteilen da ist und wie viel ausgegeben wird.

Das ist auch zugleich unser erster Kritikpunkt: Die Einnahmen ohne Kredite und Entnahmen aus den Rücklagen belaufen sich auf 63 Milliarden Euro, die Ausgaben auf 71 Milliarden Euro. Das wird jetzt das dritte Jahr in Folge sein, in dem der Freistaat im Schnitt in summa 10 Milliarden Euro mehr ausgibt, als er ohne neue Schulden und Plünderung der Rücklagen einnimmt. Diese damit einhergehende weitere Verschuldung wäre auch in normalen Zeiten ein verfassungswidriger Verstoß gegen die Schuldenbremse. Die Regierung Söder möchte diese Verschuldung durch den ausgerufenen Katastrophenfall legitimieren.

Im Prinzip hätte im Fall einer Katastrophe auch niemand etwas einzuwenden, wenn sich der Staat verschuldete, um die Katastrophe abzuwehren. Wir haben so dem Corona-Sonderfonds ursprünglich auch zugestimmt, da dieser Fonds Mittel bereitstellen sollte, um die harten Folgen der mittlerweile irrsinnig aus dem Ruder gelaufenen Lockdown-Politik für die Bürger abzumildern.

Sie haben die Mittel dieses Fonds allerdings eiskalt missbraucht, um Söders Prestigeobjekte zu bezahlen: kein Sonnenkönig, sondern unser Schuldenkönig! Um diese zweckentfremdeten Ausgaben nun auf scheinbar legale Grundlage zu stellen, ändern Sie kurzerhand die gesetzlichen Grundlagen der Kreditermächtigung im Haushaltsgesetz ab.

So sollen nun die Mittel des Corona-Sonderfonds für die sogenannte Hightech Agenda Plus eingesetzt werden dürfen. Hinter diesen tief bayerischen Worten "Hightech Agenda Plus" verstecken sich Söders Prestigevorhaben – Vorhaben, die auch rein gar nichts mit der Bewältigung der Pandemie zu tun haben,

(Beifall bei der AfD)

aber Söder im Schuldenglanze strahlen lassen sollen.

Ich meine damit zum Beispiel die neue Universität in Nürnberg. Der Grundstücksverkauf ist mittlerweile schon legendär: Das Grundstück gehörte als Teil eines Rangier-

bahnhofes ursprünglich der Deutschen Bahn, die jetzt übrigens verzweifelt einen Platz für ein ICE-Wartungswerk sucht. Nun plant sie, dieses in einem Bannwald in meiner Heimatgemeinde bei Allersberg zu bauen, der – das als i-Tüpfelchen – auch noch die Wasserversorgung der Stadt Fürth sichert. Dafür holzt man dann den erhaltenswerten Reichswald, ohne mit der Wimper zu zucken, ab. Das nur so am Rande.

Die Deutsche Bahn hat dieses nun so dringend benötigte Grundstück an Privatinvestoren verscherbelt. Dann kommt Söder, möchte ausgerechnet dort seine Prestige-Uni bauen und ist bereit, für das Grundstück statt dem Verkehrswert, wie es übrigens unsere Verfassung vorschreibt, von 45 Millionen Euro mehr als den doppelten Betrag, also knapp 91 Millionen Euro, zu bezahlen. – Es ist ja nicht Söder selbst gewesen, der geprellt wurde, sondern der ausgepresste Steuerzahler. Der Bau, der übrigens finanziell auch recht happig ist, wird nun aus dem Corona-Sonderfonds bestritten.

Erst lässt man Staatsgrund also an Privatinvestoren verscherbeln und kauft diesen Grund dann für den doppelten Wert zurück. Da hat jemand ein verdammt gutes Geschäft gemacht, und der Bürger darf die Zeche bezahlen. So laufen die Geschäfte im Freistaat.

Das ist kein Einzelfall. Es zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushaltsausschuss. Grundstücksspekulanten machen mit der Regierung Söder Traumgeschäfte auf Kosten der Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Das zum Thema Prestigeobjekte am Beispiel in Nürnberg.

Nürnberg ist allgemein ein spannendes Thema. Die CSU-regierte Stadt finanziert vom Verfassungsschutz beobachtete linksextreme Organisationen. – So viel zu der Frage, wie dringend die Kommunen zusätzliche Hilfen benötigen, wenn sie noch Geld zur Finanzierung verfassungsfeindlicher Organisationen übrig haben!

Gleichzeitig gibt es nicht genügend Geld, um die Intensivbetten zu erhalten. Am 28. November 2020 gab es in Bayern noch 587 freie Intensivbetten. Am 28. November 2021 hatten wir 344 freie Intensivbetten. Die Belegung aller Intensivbetten hat sich übrigens von 2.937 auf 2.833 verringert. Im Ergebnis macht das über 300 abgebaute Intensivbetten.

(Zuruf)

Es ist weder eine Pandemie der Ungeimpften noch eine Pandemie der Geimpften; es ist die Pandemie der Politikversager und der Intensivbettenabbauer!

(Beifall bei der AfD)

Hören Sie damit auf, die Menschen gegeneinander auszuspielen, und bauen Sie Intensivbetten auf! Der jetzige Bestand wäre höchstwahrscheinlich auch bei einer ordentlichen Grippewelle überlaufen.

Nein, dafür haben Sie kein Geld übrig! – Nun soll aber 1 Milliarde Euro aus dem Sonderfonds, der für die leidenden Bürger, Arbeitnehmer und mittelständischen Unternehmer gedacht war, für den Klimaschutz verbraten werden. Was bitte hat der Klimaschutz mit der Corona-Krise zu tun? Hat sich das Klima an Corona angesteckt und zeigt jetzt Erkältungssymptome? – Spaß beiseite!

(Zurufe: Oje!)

Sie geben Geld für Projekte aus, das wir schlicht und ergreifend nicht haben, und nehmen dafür sogar einen Verfassungsbruch in Kauf. Wir als verfassungstreue Partei können daher solch rot-grünen Schuldenfasching nur ablehnen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Oje!)

Söders grüne Politik besteht im Wesentlichen darin, den Verbrenner verbieten zu lassen, E-Autos zu fördern und Atom- und Kohlestrom durch Windräder und Photovoltaik

zu ersetzen. Kommen Sie mir jetzt nicht mit den Gaskraftwerken! – Diese erzeugen doch auch das böse, böse CO₂!

Wir brauchen grundlastfähigen Strom. Unser Industriestandort und letztlich unser zukünftiger Wohlstand benötigen eine gleichbleibende, nicht schwankende, kontinuierliche Strommenge. Das ist die sogenannte Grundlast.

Wind weht und Sonne scheint mal stärker, mal weniger stark – und oft auch gar nicht. Wind und Sonne können keinen grundlastfähigen Strom liefern. Wir sind in Bayern bereits jetzt von hohen Stromimporten abhängig. Die Energiewende mit Windrädern und Photovoltaik wird ohne Speichermöglichkeiten nicht funktionieren. Der Strombedarf wird auch noch wachsen, Stichwort: E-Auto. Ihre Energiepolitik wird darauf hinauslaufen, dass wir Atom- und Kohlestrom sehr teuer aus dem Ausland einkaufen müssen, damit Sie heuchlerisch behaupten können, den Ausstieg aus Kohle und Kernkraft geschafft zu haben. Sie streuen der Bevölkerung weiterhin Sand in die Augen, anstatt ihr reinen Wein einzuschenken.

Wir sind aber eine Partei, die, frei von Lobbyismus, nicht nur Fehlentwicklungen anprangert, sondern auch konkrete Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

(Zuruf)

Wir haben Sie von Anfang an auf die neuen Entwicklungen im Bereich der Kernkraft hingewiesen. Es gibt Kernreaktoren, die keine GAU-Risiken mehr haben und den angefallenen Atommüll der bisher genutzten Reaktoren sogar fast rückstandslos zur Energieerzeugung nutzen können. Liebe Mitbürger, die Altparteien und etablierten Medien verschweigen Ihnen, dass es Reaktoren gibt, die unsere Energieversorgung und das Atommüllproblem lösen können. Was mussten wir uns von den Altparteien alles anhören: Das sei ja nur Theorie! Es gebe keinen Nachweis für die Umsetzbarkeit und Funktionsfähigkeit!

Die Chinesen haben nun den ersten Prototyp gebaut. Man setzt nun überall auf der Welt auf diesen Reaktortyp. Indien will komplett darauf umsteigen. Frankreich plant nun, 50 dieser Reaktoren zu bauen. Nur wir Deutschen nicht! Das schwarz-orangegelb-grün-rote Parteienkartell bedient lieber die Lobbyinteressen der Photovoltaik- und der Windradindustrie.

Dabei ist dieser Reaktortyp keine neue Erfindung. Schon in den 1960er-Jahren wurde in den USA der erste Prototyp erfolgreich in Betrieb genommen und lief störungsfrei. Dieser Reaktortyp ist ein sogenannter Flüssigsalzreaktor. Im flüssigen Salz werden die Brennstoffe aufgelöst und erhitzt mit dem Zerfall die Flüssigkeit. Die meisten Spaltprodukte wie zum Beispiel das hochradioaktive Plutonium zerfallen weiter und liefern ebenfalls Energie. Da der Reaktor aber erwünschte Spaltprodukte wie zum Beispiel waffenfähiges Uran als Abfallprodukt herstellte, favorisierte das Militär damals den bekannten Leichtwasserreaktor mit seinem damals begehrten Strahlenabfall, der sich – oh Wunder – auch weltweit durchsetzte. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Der Rest der Welt hat inzwischen aber dazugelernt – mit Ausnahme der deutschen grünlackierten Politik auch hier in Bayern.

Werte Kollegen, im Gegensatz zu Ihnen unterhalten wir uns tatsächlich mit Wissenschaftlern. Ich habe mit meiner Fraktion das Institut für Nukleartechnik in Garching besucht. Dort hat uns einer der letzten in Deutschland verbliebenen Professoren für Nukleartechnik die Weiterentwicklung des Flüssigsalzreaktors vorgestellt. Er hat uns bestätigt, dass der Dual-Fluid-Reaktor, ein in Deutschland entwickeltes Patent, auch die in Leichtwasserreaktoren angefallenen radioaktiven Abfälle als Brennstoff zur Energieerzeugung nutzen kann, und das ohne GAU-Risiko!

Selbst wenn das Flüssigsalz aus dem Reaktor austreten würde, würde es nicht wie Wasser verdampfen und die Umwelt vergiften, nein: es kühlt ab und erstarrte zu einem Block. Diese Reaktoren wären klein und kostengünstig zu betreiben.

Man könnte – daran hat der Professor in Garching geforscht – radioaktive Stoffe herausfiltern

(Unruhe)

und gewinnen, die in Krankenhäusern und sonst in der Medizin gebraucht werden. Die daraus entstehenden Abfälle könnte man im Reaktor weiterverbrennen. Es blieben nur wenig schwachradioaktive Spaltprodukte übrig, die, in Glasquader eingegossen, nach 300 Jahren abklingen würden.

Nein, Sie wollen den hochradioaktiven Abfall lieber aufwendig 300.000 Jahre bewachen – und wissen bis heute nicht einmal, wo. Der Dual-Fluid-Reaktor wäre allein damit ein Jahrhundertgewinn, sich diese Kosten für die Entsorgung des vorhandenen radioaktiven Abfalls zu sparen.

Tja, die Erfinder des Dual-Fluid-Reaktors sind nun nach Kanada ausgewandert. Dort steht den Erstversuchen keine mittelalterliche Geisteshaltung entgegen, die sich der modernen Wissenschaft aufgrund vorgestriger Panikmache widersetzt.

Wenn wir schon Vergleiche mit dem Mittelalter ziehen: Lassen wir einfach mal ungeachtet, dass der Klimarat eine rein politische Organisation ist, deren tonangebende Wissenschaftler in der Kritik stehen, mit unwissenschaftlichen Methoden zu arbeiten. Lassen wir die ganzen Skandale um den Klimarat beiseite und tun mal so, als ob die im Verhältnis zur Atmosphäre minimale menschliche Zugabe von einem Spurengas einen nennenswerten Effekt auf das Klima hätte. Tun wir mal so! Wir haben zwar keine wissenschaftlichen Beweise, aber bunte Computermodelle, die man so lange modellieren kann, bis das Ergebnis passt, wobei sie nicht einmal die mittelalterliche Wärmeperiode berechnen können.

(Beifall bei der AfD)

Machen wir ganz fest die Augen zu, dass an diesem neu geschaffenen Billionenmarkt viele, viele Milliarden Euro verdient werden, indem nur die Luft versteuert wird. Tun wir

mal so, als ob uns in hundert Jahren der grausige Klimatod ereilen würde, wenn es ein kleines bisschen wärmer wird; wir glauben, dadurch das mögliche Ende der Menschheit und nicht der Eiszeit zu verzögern.

(Zuruf: Zum Thema!)

Auch dann wäre der Dual-Fluid-Reaktor die Lösung für Ihren Klimawahn. Kernkraft funktioniert frei von CO₂-Emissionen. Wir brauchen keine Zigtausende von Fundamenten mit Millionen von Tonnen Beton für Tausende von Windrädern in den Wäldern versenken. Diese Kernkraftwerke sind klein und kompakt. Ein Reaktor hätte locker in diesem Saal Platz. Die GRÜNEN könnten sogar hier sitzen bleiben und ihn staunend ansehen.

Die Idee geht ja noch viel weiter. Wir könnten aus der günstig gewonnenen Energie synthetisches Benzin herstellen, sogar aus der Luft, aus CO₂. Wir müssten uns keine umweltfeindlichen E-Autos anschaffen, die sich der Normalbürger nicht leisten kann und deren Rohstoffe mit Kinderarbeit und der Zerstörung der Dritten Welt einhergehen. E-Autos rollen auf Kinderknochen. Nein, wir könnten weiter mit unseren Verbrennungsmotoren fahren, die dann klimaneutral und umweltfreundlicher als jedes E-Auto wären. Wir könnten unsere Autoindustrie und damit unsere gut bezahlten Arbeitsplätze und Wohlstand für viele Arbeiterfamilien erhalten.

Ich weiß, das interessiert Sie nicht. Sie arbeiten für andere Interessen, aber – Achtung, GRÜNE, jetzt wird es völkisch – nicht für unser Volk. Aber wenn man Sie eines Tages fragen wird, weshalb wir nicht auch diese fantastische Technologie erforscht und dafür Mittel bereitgestellt haben, und wenn Deutschland deswegen in nicht ferner Zukunft wohl wie ein verarmtes Dritte-Welt-Land unsere Nachbarn um Strom anbetteln muss, dann bin ich auf Ihre Antwort gespannt.

Ich komme zum Ende.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Auch in diesem Haushaltsplan gilt: Befreien Sie sich von Ihrem ideologischen Zwangskorsett! Nehmen Sie die rot-grüne Illusionsbrille ab! Schauen Sie sich an, was andere Industrienationen, auch unsere Nachbarn, für die Energieversorgung in Zukunft planen! Sie werden staunen. Wir werden wieder Hunderte Änderungsanträge im Haushaltsausschuss stellen, über die Sie dann wieder gemeinsam mit Ihren Altparteifreunden Gift und Galle verspritzen können. Wir freuen uns darauf.

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die unnützen Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich noch folgende Bemerkung machen: Für die Staatsregierung hat zu Beginn der Sitzung bereits Herr Minister Füracker gratuliert. Für den Bayerischen Landtag und die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen möchte ich es hier als Vizepräsident tun, nämlich unserer Präsidentin ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Liebe Ilse, ich glaube, ich darf für alle hier im Raum sagen: Mit dir an der Spitze des Landtags kann Bayern tatsächlich Staat machen. Wir danken dir für deine souveräne Arbeit. Alles Gute, viel Glück und Gottes Segen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, dass die Frau Präsidentin in den kommenden Jahren ihren Geburtstag noch oft im Kreise ihrer Kollegen verbringen kann. Wenn wie in dieser Woche die Plenarsitzung – die längste der Woche – mit dem Geburtstag günstig zusammenfällt, ist das natürlich am eigenen Geburtstag ein besonderes Feeling. Aber vielleicht gibt es ja in den nächsten Jahren auch noch ein solch schönes Zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Herr Kollege Pohl, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mit einem Dank beginnen an den Finanzminister Albert Füracker, an sein Haus, die gesamte Staatsregierung und die Regierungsfractionen, die im Vorfeld der Einbringung des Haushaltsentwurfs hart, gut und zielführend gearbeitet haben. Ich denke, das, was jetzt hier auf dem Tisch liegt, kann sich wahrlich sehen lassen. Einen ganz herzlichen Dank auch an die Steuerzahler in Bayern, an die Unternehmer, die Arbeitnehmer und all diejenigen, die mit ihrem Fleiß, ihrem Unternehmergeist dazu beitragen, dass wir Geld zur Verfügung haben, um in Bayern gestalten zu können. Dafür ganz herzlichen Dank!

Herr Kollege Mang, ich glaube, Sie sind der Zeit ein bisschen hinterher, wenn Sie von Söders Haushalt sprechen; denn vor fünf Jahren war der Ministerpräsident Finanzminister. Da hätte das zugetroffen. Aber inzwischen ist er Ministerpräsident, falls es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist. Inzwischen ist Albert Füracker Finanzminister und für diesen Haushalt zuständig. Aber ich habe mir bei Ihrer Rede ohnehin gedacht: Ein bisschen hört sich das wie Wolfgang Krebs an, als er als Edmund Stoiber einmal etwas über die Brasilianer erzählte und nach zehn Minuten merkte, dass er die falsche Rede dabei hatte. Aber im Gegensatz zu Ihnen hat er es noch gemerkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in dieser Corona-Pandemie vielen Menschen Einschränkungen abverlangt, manchen weniger, manchen mehr. Deswegen mussten wir hier auch einiges an Härten kompensieren. Aber das haben nicht nur wir getan, das hat auch der Bund getan. Deswegen an dieser Stelle auch einmal an die Bundesebene herzlichen Dank dafür, dass sie mit vielen Milliarden Euro Hilfgeldern dazu beigetragen hat, dass wir insgesamt wirklich gut durch die Krise gekommen sind.

Ich denke, das kann man bei aller notwendigen Kritik an dem einen oder anderen durchaus sagen: Ich hätte vor eineinhalb Jahren nicht gedacht, dass wir jetzt so gut

dastehen, wirtschaftlich und finanziell. Dafür all denen, die dazu beigetragen haben, ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Finanzminister, lieber Albert, ich erinnere mich noch gut: Wir waren in einer Videokonferenz; ich meine, es war im April 2020. Da haben wir darüber diskutiert, wie viel wir denn für den zweiten Nachtragshaushalt brauchen. Das war durchaus ambitioniert. Man wusste ja nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Aber ich kann sagen, Albert, das war eine Punktlandung mit den 20 Milliarden Euro. Die 20 Milliarden Euro haben für 2020 und 2021 gereicht, und hoffentlich reichen sie auch für 2022. So wie es veranschlagt ist, reichen sie aus. Deswegen können wir tatsächlich sagen, dass wir einen ganz stabilen und soliden Haushalt haben, der uns auch für die Zukunft ausreichend Spielräume zum Gestalten lässt.

An dieser Stelle muss ich auch sagen: Wenn wir schon so viel Geld ausgeben, um die Krise zu bewältigen, dann können wir als Parlamentarier aber auch von den Menschen in Bayern, und zwar von allen Menschen in Bayern – ich betone das – verlangen, dass sie dazu beitragen und helfen, diese Krise zu meistern. 90 % der Bevölkerung tun das, aber einige wenige zucken mit den Schultern und sagen wie der Kollege Mang: Ach, das ist wahrscheinlich doch nur irgend so eine Grippe; na ja, das ist ja nicht wirklich schlimm. – Ich sage Ihnen: Sie sollten sich wirklich einmal vor Ort, in den Kliniken informieren, wie es da aussieht, wenn Sie schon den Statistiken nicht glauben, wenn Sie schon nicht zur Kenntnis nehmen, dass in Deutschland über 100.000 Menschen infolge der Pandemie gestorben sind und wahnsinnig viele Menschen dauerhaft mit gesundheitlichen Einschränkungen zu leben haben. Ich denke, man sollte an dieser Stelle auch in einer Haushaltsdebatte den Appell an alle Menschen in Bayern richten mitzuhelfen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Dies können nicht wir Parlamentarier schultern. Das kann auch nicht eine Mehrheit von 90 % schultern. Dazu müssen alle beitragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Köhler, Sie haben – ich schätze Sie – im Haushaltsausschuss viele kluge Wortbeiträge abgegeben, aber Ihre heutige Rede – das war wahrscheinlich leider Gottes dem Datum geschuldet – war wieder einmal eine echte Knecht-Ruprecht-Rede: Knüppel aus dem Sack und einfach einmal blind draufgeschlagen; irgendeinen wird es schon treffen. Nur war das, was Sie hier zum Besten gegeben haben, leider nicht sehr substantiell. Sie sprechen davon, dass wir den Blick auf das Ganze richten sollten. – Jawohl, Frau Köhler, dann richten Sie den Blick aufs Ganze! Aber Sie haben nur von den Ausgaben gesprochen. Die Einnahmen kommen wahrscheinlich vom lieben Gott; anders kann ich mir das nicht erklären. Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Ein guter Haushalt wird zunächst einmal von den Einnahmen her gedacht und entwickelt, weil uns erst die Einnahmen in die Lage versetzen, sinnvolle Ausgaben zu tätigen. Einnahmen, das heißt: Wir müssen zuallererst dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft in Bayern spitze und wettbewerbsfähig bleibt, damit die Unternehmen investieren und dann auch Steuern zahlen. Dann kann es nicht angehen, dass man die ganze Zeit Frontalangriffe auf die Industrie, insbesondere auf die Auto- und die Luftfahrtindustrie, fährt und dass man die Landwirtschaft – zumindest die, die Ihnen nicht gefällt –, die gewerbliche Wirtschaft und den Handel verteufelt. Nein, diese tragen – im wahrsten Sinne des Wortes – als Motoren dazu bei, dass unser Haushalt gut läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen Zukunftshaushalt aufgestellt und werden diesen auch diskutieren. Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen. Es ist in der Tat bereichernd, die Kommentare, Anträge und Initiativen der Kolleginnen und Kollegen der Opposition zur Kenntnis zu nehmen. Ja, Sie kennen die Mechanismen, aber ich kann auch sagen, dass die Initiativen, die von Ihnen kommen, natürlich in die politische Diskussion einfließen. Aus Oppositionszeiten weiß ich selbst: Manchmal muss man ein wenig warten, bis die Regierungsfaktionen das aufgreifen, was man in der Opposition entwickelt hat.

(Zurufe: Ah!)

Daher lohnt es sich selbstverständlich, die Anträge zu stellen. Ich hoffe allerdings nicht, dass Hunderte Anträge von der AfD kommen. Das habe ich jetzt eher als Drohung empfunden. Aber ich glaube, so schlimm wird es wohl nicht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zukunftshaushalt – was heißt das für uns FREIE WÄHLER, was heißt das für die Regierungskoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU? – Das heißt zum Beispiel Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus. Das ist Investition in die Zukunft unseres Landes, in den Wirtschaftsstandort und in den Wissenschaftsstandort. Dies sind die Säulen, auf denen der Wohlstand aufbaut. Selbstverständlich – jetzt komme ich zu einem Kernthema der FREIEN WÄHLER – sollte es gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern geben. Ich sage hier auch sehr deutlich: Ich kann mich an Zeiten zurückerinnern, in denen es einen verdienten Kollegen aus Niederbayern, aus Reisbach gab. Dieser ist nicht mehr Mitglied dieses Hohen Hauses und hatte noch einen Zukunftsrat damit beauftragt, eine Metropolstrategie zu verfolgen. Wenn ich Herrn Kollegen Eibl dort hinten in unseren Reihen ansehe, denke ich: Dieser wäre gar nicht mehr im Landtag, wenn die Zukunftsstrategie gegriffen hätte. Dann hätte man nämlich diesen Teil Bayerns, den Bayerischen Wald, nach Österreich ausgegliedert, Aschaffenburg nach Unterfranken und Sonstiges.

Ich stelle fest: In diesem Haus hat sich eine Menge bewegt! Diese Worte richte ich auch mit großer Dankbarkeit an unseren Regierungspartner, an die Kolleginnen und Kollegen der CSU. Das ist jetzt unsere gemeinsame Strategie. Hier ziehen wir an einem Strang. Wir entwickeln Bayern nicht nur wie zu Edmund Stoibers Zeiten: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, der Rest ist Bayernliga. – Nein, bei uns ist jeder Teil Bayerns wichtig. Darauf legen wir besonderen Wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hightech Agenda Plus und Hightech Agenda, das ist Politik, auch für den ländlichen Raum und für alle Regionen Bayerns. Zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen zählt aber selbstverständlich auch die Verkehrsinfrastruktur. Natürlich ist es, was die Verkehrsbeziehungen im ländlichen Raum betrifft, nicht ganz einfach zu verstehen, Frau Kollegin Köhler, wenn man in einer Randgemeinde Münchens wohnt, dass man einen Bus – Herr Kollege Zellmeier hat es schon gesagt – auf einer Straße fahren lassen muss. Na ja, vielleicht haben Sie sich vorgestellt – um wieder einmal auf Erwin Huber zu kommen –, dass irgendwo ein Transrapid im ländlichen Raum umher-schwebt. Aber das ist doch nicht real! Das ist so ähnlich wie beim letzten Mal, als einer Ihrer Kollegen die Zukunft des ÖPNV in Lufttaxis sah. Lufttaxis sind sinnvoll und wichtig, aber sicher nicht das Mittel der Wahl für den ÖPNV der Zukunft.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben für den ländlichen Raum Investitionen in Straße und Schiene vorgenommen. Jetzt komme ich wieder zum Kollegen Eibl: Ein Thema, das er in den letzten Jahren sehr zielstrebig und konsequent verfolgt hat, war und ist die Reaktivierung von Bahnstrecken. Dafür haben wir in diesem Haushalt jetzt 35 Millionen Euro bereitgestellt. Das ist nicht das allerwichtigste Thema, aber ein wichtiges Thema für den ländlichen Raum und für gleichwertige Lebensverhältnisse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ja, Herr Kollege von Brunn läuft sich gerade warm. Er hat nachher auch Gelegenheit, zum Haushalt zu sprechen. Schade, dass Herr Kollege Güller nicht da ist, aber vielleicht kommt er ja noch. Ich kenne Herrn Kollegen von Brunn aus dem Untersuchungsausschuss zum Bayern-Ei-Skandal. Damals hat er sich als sehr profunder Kenner des ländlichen Raums oder zumindest gewisser Landkreise in Niederbayern hervor getan, wo die Lebensmittelkontrolle nicht ganz so funktioniert hat, wie sie sollte. Warum komme ich jetzt, Herr Kollege von Brunn, auf Sie und auf diese Lebensmittel-

kontrolle? – Weil Frau Kollegin Köhler uns vorgeworfen hat, dass unser Haushalt in erster Linie konsumtive Ausgaben beinhaltet. Was heißt denn das, konsumtive Ausgaben? – Das sind die Ausgaben für Lebensmittelkontrolleure und Veterinäre. Frau Kollegin Köhler, wollen Sie wirklich weniger Lehrer, weniger Polizei, weniger Jugend- und Sozialarbeit, weniger Richter, weniger Staatsanwälte und weniger Justizmitarbeiter? – Nein, das ist nicht unsere Politik! Das ist offensichtlich die Politik der GRÜNEN. Man wundert sich, aber wie gesagt: Das war heute die Knecht-Ruprecht-Rede. Ich hoffe, im Ausschuss wird es dann wieder etwas sachlicher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Besonders gefährlich, Herr Kollege von Brunn, ist es, wenn Sie – genauso wie die Kollegin Köhler – auf verfassungswidrige Haushalte abstellen sollten. Herr Kollege von Brunn, wissen Sie, wer den Rekord an verfassungswidrigen Haushalten hält? – Diesen hält ein inzwischen längst in Vergessenheit geratener nordrhein-westfälischer Finanzminister namens Norbert Walter-Borjans. Er hat tatsächlich einen Hattrick geschafft: In den Jahren 2010, 2011 und 2012 hat er dreimal in Folge einen verfassungswidrigen Haushalt aufgestellt. Dies soll ihm bitte keiner mehr in dieser Republik nachmachen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Wir haben uns genau an den Vorgaben orientiert, auch an jenen, die der Staatsgerichtshof Hessen für Hessen aufgestellt hat. Wir haben diesen Haushalt selbstverständlich so aufgestellt, dass er juristisch wasserdicht ist und hält. Unser Anspruch ist, nicht nur solide Haushaltspolitik zu machen, sondern diese auch rechtskonform zu machen.

Wenn ich dann irgendwelches Schwadronieren von "Schuldenkönig" oder "Schuldenglanz" höre, dann muss ich schon fragen, in welcher Veranstaltung sich der Kollege befindet. Er soll mir ein Bundesland in Deutschland nennen, das eine vergleichbar solide Haushaltspolitik wie Bayern hat. Ich sage das jetzt auch in Richtung der Kollegin-

nen und Kollegen der CSU: Das ist nicht erst der Fall, seit wir mitregieren, sondern das ist tatsächlich ein Markenzeichen, das sich die Bayerische Staatsregierung seit Jahrzehnten auf ihre Fahnen schreiben kann. Das muss man an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Haushalt aufgestellt, der den Menschen und den Herausforderungen in Bayern wirklich gerecht wird.

Ich komme jetzt auf einen weiteren Punkt zu sprechen. Hubert Aiwanger ist als Wirtschaftsminister auch für das Thema Technologie zuständig. Hier wurde ganz verächtlich gesagt: Na ja, Mondfahrt. – Nein! Technologie ist etwas anderes als "Mondfahrt".

(Zurufe)

Wir haben in Bayern – das sage ich als Abgeordneter aus Schwaben – eine ganz starke Luft- und Raumfahrtindustrie. Wir investieren mit dem Förderprogramm BayLu25 zielgerichtet in sie. Wir haben in die Hochschulen investiert. Wir haben in die KI-Werkstatt investiert. Wir haben in das Produktionsnetzwerk Augsburg etc. investiert. Das alles ist gut, richtig und wichtig. Wir schaffen übrigens mit all den Investitionen in Technik und Entwicklung auch die Voraussetzungen, dass wir ein Problem wie den Klimawandel weltweit lösen, weil wir dann Lösungen auch für andere Länder parat haben, die unsere Lösungen übernehmen können.

Wir sind nicht diejenigen, die mit Verbot und Verzicht Menschen gängeln, sondern wir schauen nach vorne und gestalten mit Technik und mit den Menschen zusammen die Zukunft des Freistaats. Dieser Haushalt dient dieser Zukunft. – Ich bitte in den Beratungen um spannende Diskussionen und zielgerichtetes Arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Pohl, vielen Dank. – Es gibt keine Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Ich darf den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Florian von Brunn aufrufen. Herr Abgeordneter von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Staatsminister der Finanzen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf erst einmal von meiner Seite auch im Namen unserer Fraktion einen herzlichen Glückwunsch an die Landtagspräsidentin Ilse Aigner zu ihrem heutigen Geburtstag richten.

(Beifall)

Herr Staatsminister Füracker, ich verstehe ja, dass Sie angesichts der Wahlniederlage der CDU/CSU im Bund tief verzweifelt sind. Aber warten Sie ab! Ich glaube, die Ampel wird das schon ganz gut machen. Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der SPD)

Gerade an Haushalten kann man die politische Schwerpunktsetzung und die Linie einer Regierung ablesen. Das ist bei Ihnen auch so. Ich muss aber schon sagen: Wenn man einen Haushalt so spät einbringt, wie Sie das tun, dann sollte er wenigstens den großen Herausforderungen der Zeit genügen. Wir stellen gerade bei den Themen sozialer Klimaschutz und bezahlbarer Wohnraum in Bayern fest: Sie bleiben weit hinter den Anforderungen zurück. Ich komme darauf später gerne noch zurück.

Das drängendste Thema ist im Moment – das hat auch die Debatte heute schon gezeigt – unzweifelhaft die Corona-Pandemie. Sie betrifft zum einen die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und zum anderen natürlich auch die Finanzen. Wir gehen mit einem einjährigen statt eines Doppelhaushalts in das zweite Haushaltsjahr und mit einem Sonderfonds Corona-Pandemie in das dritte Haushaltsjahr.

Die SPD-Fraktion unterstützt grundsätzlich diesen Kurs, die Pandemie und deren Folgen entschieden zu bekämpfen und die erforderlichen Mittel auf dem Kreditmarkt zu

beschaffen. Diese Möglichkeiten eröffnet die Schuldenbremse explizit. Wann, wenn nicht in der Krise, ist entschiedenes staatliches Handeln angesagt? Unsere Überzeugung lautet: Aus einer Krise kann man sich nicht herausparen. Wir alle, Bund, Länder und Kommunen, müssen aus dieser Krise herauswachsen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig verändern sich die Einschätzungen und Mitteleinsätze. Während die Staatsregierung im Jahr 2020 noch Nettokreditermächtigungen in Höhe von 20 Milliarden Euro für nötig gehalten hat, sind es im Jahr 2021 nahezu nur noch die Hälfte. Im Jahr 2022 erfolgt wiederum eine Halbierung. Das ist ja auch logisch; denn von den 20 Milliarden Euro Kreditermächtigungen des Jahres 2020 wurden nur 7,2 Milliarden tatsächlich für die Schuldenaufnahme verwendet. Ein Teil der Mittel wurde auch noch in das Folgejahr übertragen.

Ich halte fest: Von den Gesamtausgaben des Fonds von fast 9 Milliarden Euro waren 5,3 Milliarden Euro oder 60 % Bundesmittel und nur 40 % Landesmittel. Ich verstehe gar nicht, warum Sie immer auf den Bund schimpfen. Eigentlich sollte man sich dafür bedanken, dass so viele Mittel gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte das auch tun: Ein herzliches Dankeschön an den Bund und an Olaf Scholz für die umfangreichen Gelder für den Freistaat Bayern! Durch diese Gelder konnten Landesmittel durch Bundesmittel ersetzt werden. Diese Mittel schaffen dann auch den Spielraum, um für Unternehmer, Selbstständige und Schausteller Hilfen bereitzustellen, die aufgrund der bayerischen Corona-Maßnahmen leiden.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht jedenfalls nicht aus, nur wieder Forderungen nach Berlin zu richten. Deswegen freue ich mich, dass es jetzt hier ein eigenes Programm für Schausteller gibt.

Leider neigt die Regierung Söder aber nicht nur dazu, die Verantwortung nach Berlin abzuschieben, sondern sie trickst auch bei der Urheberschaft von Erfolgen. Ein besonders dreistes Beispiel, wie man sich mit fremden Federn schmückt, hat der Ministerpräsident selbst geliefert. Unter der Überschrift "Bayern lässt seinen Mittelstand nicht allein" hat Markus Söder in sozialen Medien zum Besten gegeben, Bayern habe insgesamt fast 10 Milliarden Euro an Hilfen an Unternehmen ausbezahlt. Durch eine Anfrage zum Plenum unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Arif Taşdelen ist dieser Bluff aufgefliegen. Das Wirtschaftsministerium mit Herrn Staatsminister Aiwaner an der Spitze musste kleinlaut einräumen – ich zitiere –: "Die genannten Fördermittel sind im Wesentlichen Bundesmittel." Von den fast 10 Milliarden Euro sind über 95 % Bundesmittel. Das ist eine große Leistung, Herr Söder, aber nur in der Schauspielkunst und in der Irreführung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wer denkt, es braucht keine Mittel mehr zur Belebung der Konjunktur und zur Unterstützung der Wirtschaft, irrt gewaltig. Wir halten deswegen auch das neue Corona-Investitionsprogramm im dafür geschaffenen Kapitel 13 18 für Stabilisierung und Konjunktur mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro für dringend erforderlich. Wir haben solche Maßnahmen für Bayern immer gefordert.

Der Bund hat bereits im Juni 2020 ein Konjunkturprogramm mit einem Gesamtumfang von 130 Milliarden Euro aufgelegt, um "mit Wumms" – so Olaf Scholz – aus der ökonomischen Krise zu kommen. Corona ist noch nicht vorbei. Es geht nach wie vor darum, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig mit Zukunftsinvestitionen dafür zu sorgen, dass wir dauerhaft gestärkt und nachhaltig aus dieser Krise wieder herauskommen.

Aus unserer Sicht folgt daraus: Der Staatshaushalt muss wegen der Corona-Krise einerseits kurzfristig auf Sicht fahren, aber andererseits auch die Weichen für die Zukunft stellen, zum Beispiel im Interesse unserer Kinder für eine soziale Klimawende in

Bayern. Nicht nur den erneuerbaren Energien, sondern auch der Verkehrswende kommt dafür eine überragende Bedeutung zu. Zu den entscheidenden Weichenstellungen gehört es natürlich auch, mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern zu schaffen und für mehr Bildungsgerechtigkeit und gute Schulen zu sorgen.

Ich komme noch einmal zurück zu Corona. Nach den Erfahrungen mit überforderten Gesundheitsämtern – wir werden nachher in der Aktuellen Stunde noch darüber sprechen – begrüßen wir die geplanten 425 neuen Stellen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, zumal immer noch aus anderen Bereichen der Staatsverwaltung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern aushelfen, beispielsweise aus der Steuerverwaltung, die tatsächlich andere Aufgaben haben. Wir hoffen, dass diese neuen Stellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst zeitnah besetzt werden können.

Uns fehlen deutlichere Akzente für die Krankenhäuser. Das gilt auch für die Höhe der Investitionsförderung für die Krankenhäuser im Sonderfonds Corona-Pandemie. Dort sind 90 Millionen Euro an Zuschüssen für kommunale Krankenhäuser aus dem Krankenhauszukunftsfonds vorgesehen. Das sind aber Bundesmittel, und zwar Förderungen nach dem Krankenhauszukunftsgesetz des Bundes. Die bayerischen Mittel im Kapitel 13 10 sind mit 643 Millionen Euro so hoch wie im Jahr 2021.

Sie haben richtigerweise mehr Geld für Schnelltests vorgesehen. Das ist wahrscheinlich auch nötig angesichts der zahlreichen 2G-plus-Regelungen. Wir hoffen allerdings, wenn Sie mir die Bemerkung erlauben, dass die Beschaffungsverfahren und die Mittelverwendung einwandfrei erfolgen und nicht die gleichen Fragen aufwerfen, die jetzt zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu der wichtigen Frage: Was tun Sie für den Klimaschutz? – Und damit komme ich zu einer weiteren Frage: Wie viel Geld ist Ihnen eine gute Zukunft für unsere Kinder wert? – Wenn man sich dazu den Entwurf der Staatsregierung anschaut, dann wird dieses Mal zwar auf neuerliche Initiativen für Flugtaxi und Welt-

raumeroberung verzichtet. Nachdem Markus Söder inzwischen medienorientiert Bäume umarmt, gibt es sogar eine werbewirksame Klimamilliarde im Haushalt. Tatsächlich wären aber echte Klimaschutz- und Energiewendeinvestitionen dringend notwendig, denn, wie die Antwort auf eine Schriftliche Anfrage von mir vom Juli 2021 zeigt, haben Sie in den letzten elf Jahren nicht einmal zwei Milliarden Euro für den Klimaschutz aufgewendet. Kein Wunder, dass der Freistaat Bayern unter CSU-geführten Regierungen seit 15 Jahren keine Reduzierung von Treibhausgasen geschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist auch Ihre neue Klimamilliarde, im Gegensatz zu Ihren Aussagen, nicht sonderlich ambitioniert, sondern klimapolitische Kleingärtnerei, die von den PR-Abteilungen in der Staatskanzlei, im Wirtschafts- und im Umweltministerium aus ganz vielen unterschiedlichen Kleingärten unterschiedlichster Bereiche zusammengestöpselt worden ist. Sie schmeißen hier munter Wirtschaftsförderungsmaßnahmen – den Löwenanteil macht Ihre Wasserstoffinitiative mit unsicheren Erfolgsaussichten aus – mit Klimaschutz, Naturschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in einen Topf. Dann wird alles umgerührt, schön gelabelt, und schon entsteht aus unterschiedlichen, oft gar nicht zusammenpassenden Programmen und Progrämmchen die falsche Werbebotschaft einer Söder'schen Klimastrategie. Ich halte an dieser Stelle fest: Ihre Klimapolitik, das drückt sich auch in diesem Haushalt aus, reicht hinten und vorne nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an zwei Beispielen zeigen. Insgesamt sollen die Ausgaben im Bereich der erneuerbaren Energien um 27 Millionen Euro erhöht werden. Für den Sektor, der als erstes klimaneutral werden muss, und angesichts des enormen Bedarfs an grünem Strom – Stichwort: Sektorenkopplung –, aber auch mit Blick auf die klimafreundliche Erzeugung von Wasserstoff ist das zu schwach, und es ist viel zu wenig.

Auch die Aufstockung des 10.000-Häuser-Programms um schlappe 10 Millionen Euro – 10 Millionen Euro! – ist läppisch und wird den Anforderungen bei Weitem nicht ge-

recht. Das wird auch noch bestätigt durch die völlig unzureichende Erhöhung der Mittel für die Geothermie. Die Förderung wurde gerade einmal um 5 Millionen Euro erhöht. – Jetzt ist der Staatssekretär leider weg. – Das Geld dient der Umsetzung des sogenannten Masterplans Geothermie. Vielleicht sollte Herr Aiwanger hier lieber von einem Miniplan statt von einem Masterplan sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Tatsache, dass laut seinem eigenen Ministerium 30 % des Wärmebedarfs in Bayern aus Erdwärme gedeckt werden können, ist das doch ein ziemlich niedriger Beitrag.

In dem anderen für den Klimaschutz ebenfalls zentralen Bereich Verkehr kann man auch nicht gerade von einer Investitionsoffensive sprechen zugunsten der klimapolitisch überfälligen Verkehrswende. Bei der Schiene werden die Ansätze teilweise sogar zurückgefahren. So werden für Investitionen nur 79 Millionen Euro statt 111 Millionen Euro eingestellt, für Bahnstationen 10 Millionen Euro statt 15 Millionen Euro. Immerhin gibt es 30 Millionen Euro für das 365-Euro-Ticket. Das begrüßen wir. Ihre Haushaltsansätze in der Verkehrspolitik werden den Anforderungen insgesamt aber nicht gerecht. Wir brauchen möglichst rasch allein für den ÖPNV eine zusätzliche Milliarde Euro an Investitionen.

(Beifall bei der SPD)

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen hat nämlich Mitte 2021 ein Gutachten vorgelegt, mit dem ambitionierten Ziel einer Emissionsminderung von 53 % für den Sektor Verkehr bis 2030. Unter Fortschreibung der aktuellen Mittel besteht danach im Jahr 2030 für Bayern eine Finanzierungslücke von fast 2 Milliarden Euro. Warum brauchen wir das? – Weil Bayern bei der Erreichbarkeit durch den ÖPNV laut einer Studie der "Allianz pro Schiene" Schlusslicht in ganz Deutschland ist. Schlusslicht! Die fünf am schlechtesten mit dem ÖPNV versorgten Landkreise liegen in Nordbayern. Insgesamt sind sogar sieben bayerische Landkreise unter den schlechtesten zehn Land-

kreisen in ganz Deutschland in puncto Erreichbarkeit. Das ist ein weiterer Beleg für das Erfordernis von massiven Investitionen in den ÖPNV.

Ich komme zum nächsten Thema: Bildung. Da geht es um die Zukunft unserer Kinder. Gerade die Kinder haben unter den Auswirkungen der Corona-Krise am meisten gelitten. Deswegen haben wir uns diesen Bereich Ihres Entwurfs sehr genau angeschaut. Nicht einmal ein Plus von 2 % im Bildungsbereich, das ist angesichts der Herausforderungen insgesamt sehr überschaubar. Ein Investitionsfeuerwerk für Bildung und gute Schule sieht unserer Meinung nach anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Der Betrag für die Lehrerfortbildung steigt lediglich pro Kopf gerade einmal um 1,60 Euro insgesamt. Das ist wirklich beschämend. Angesichts des enormen Fortbildungsbedarfs im Hinblick auf die digitale Bildung sind die veranschlagten 549.000 Euro viel zu wenig. Das sind nicht einmal 4 Euro pro Lehrkraft für die Aus- und Fortbildung bei der digitalen Bildung. Damit soll dann die digitale Transformation der Schulen gelingen? – Das glauben Sie wahrscheinlich noch nicht einmal selbst.

(Beifall bei der SPD)

Trotz aller Sonntagsreden von CSU und FREIEN WÄHLERN für das Handwerk und für eine gute Berufsausbildung steigen die Ausgaben für die beruflichen Schulen mit 3 Millionen Euro absolut unterproportional. Das passt zu der Kürzung des Meisterbonus um fast 11 Millionen Euro. So bekämpft man den Fachkräftemangel in Bayern aber ganz sicher nicht. Das ist aus unserer Sicht wirklich kurzsichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns, dass es mehr Lehrerstellen gibt. Ob diese Stellen alle besetzt werden können und, wenn ja, mit welcher Qualifikation, das wird man sehen. Ich will aber noch einmal auf einen wichtigen Punkt zu sprechen kommen. Gerade Corona hat uns gezeigt, wie wichtig Schulsozialarbeit ist. Diese Botschaft ist bei Ihnen bisher aller-

dings – ich will es einmal so sagen – nur begrenzt angekommen. Es gibt zwar 100 Stellen mehr, angesichts der enormen Belastungen der Schülerinnen und Schüler ist das aber immer noch viel zu wenig. Mit dem Haushaltsplan 2022 sind es dann 400 Stellen in ganz Bayern. 400 Stellen für die Schulsozialarbeit für rund 6.000 Schulen – das ist immer noch ein Armutszeugnis!

(Beifall bei der SPD)

Fragwürdig finde ich auch, dass Sie sich bei den Luftfiltern jetzt wieder völlig aus der Verantwortung ziehen und die Förderung allein dem Bund überlassen. Wir werden sie bei der nächsten Diskussion über coronabedingte Probleme an den Schulen gerne daran erinnern.

Ihr Haushalt ist übrigens auch bei einer anderen wichtigen Frage derzeit ziemlich unzureichend, und zwar bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum und beim Wohnungsbau in Bayern. Die Wohnraumförderung sinkt von 660 Millionen Euro auf 520 Millionen Euro. Im neuen Haushalt fehlen nämlich die Eigenmittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt in Höhe von 140 Millionen Euro, die es 2021 noch gab. Die Wohnraumförderung wird somit 2022 um 21 % im Vergleich zum laufenden Jahr gekürzt. Die bittere Nachricht ist also: Diese Staatsregierung streicht seit Jahren die Wohnraumförderung immer wieder zusammen. – Sie vergessen die Mieterinnen und Mieter und die Menschen in Bayern, die verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verlassen sich offenbar ausschließlich auf die Bundesregierung. Ich kann Ihnen sagen, unter der Führung von Olaf Scholz und der SPD werden wir den Wohnungsbau in Bayern massiv voranbringen. Wir werden Ihnen zeigen, wie das geht. Sie helfen da nicht mit; Sie bremsen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Beispiele zeigen, dass Sie Ihren Aufgaben nur zum Teil gerecht geworden sind. Insbesondere bei den Zukunftsinvestitionen in den Klimaschutz und bei der Förderung des Wohnungsbaus versagen Sie glatt.

Übrigens, wenn wir über die Finanzierung reden: Sie haben gerade Norbert Walter-Borjans angesprochen. Er hat übrigens dafür gesorgt, dass die Staatsausgaben besser finanziert werden. Ich kann mich erinnern, er hat Steuer-CDs angekauft. Ich würde mir wünschen, dass es auch in Bayern einen besseren Steuervollzug gibt, für mehr Steuereinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit, also kurz, eine bessere Durchsetzung des Steuerrechts. Es gibt aber keine einzige zusätzliche Stelle in der Steuerverwaltung. Zum 24. Mal in Folge greift der Bayerische Oberste Rechnungshof in diesem Jahr in seinem Bericht den unzureichenden Steuervollzug in Bayern auf. Aktuell moniert er zu wenig Betriebsprüfungen. Dabei wissen wir, jeder zusätzliche Steuerprüfer, Steuerfahnder, Betriebsprüfer, Umsatzsteuerprüfer, Sonderprüfer bringt durchschnittliche Mehreinnahmen von rund 1 Million Euro. Das wissen Sie natürlich auch, Sie wollen das aber nicht umsetzen, und das führt nicht nur zu Einnahmeverlusten, sondern auch zu Steuerungerechtigkeiten, die Sie alleine zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Mein Fazit: Ohne substanzielle Verbesserungen des Entwurfs der Staatsregierung, die wir in unseren Haushaltsinitiativen vorschlagen werden, sehen wir keine Möglichkeit, dem Staatshaushalt 2022 zuzustimmen. Wir folgen bei unseren Initiativen unserer Leitlinie: Bayern sozial, klimaneutral und digital. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender, und darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt aus der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, die abschließenden Bemerkungen – zum Kreisverkehr und zur Ampel – in Ihrer Einbringungsrede waren jedenfalls keine Bewerbungsrede um den Verkehrsministerposten, wenn ich mir diesen Hinweis gestatten darf.

(Zuruf von der CSU)

Denn dann sollte man schon wissen, dass es durchaus auf die Situation ankommt und weder das eine noch das andere ein Allheilmittel ist. Jetzt müssen halt auch Sie akzeptieren, dass sich in dieser Situation und unter diesen Voraussetzungen die Mehrheit der Bevölkerung bei der Bundestagswahl für die Ampel entschieden hat und dass es der Bevölkerung insgesamt lieber war, einer Politik, die sich im Kreise dreht, nicht weiterhin das Vertrauen zu schenken.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre ohnehin gescheiter, wenn wir uns mit Bayern befassten. Ich darf das heute für den Kollegen Kaltenhauser tun, der, wie Sie wissen, ganzjährig positiv ist – aber nicht coronabedingt. Er fällt nur heute aus und ist, glaube ich, schon morgen wieder da, um unsere Position zum Untersuchungsausschuss zu präsentieren.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Takte zum zeitlichen Ablauf sagen. Herr Minister, Sie wissen, ich schätze Ihre Art und Ihren Stil generell. Aber wenn Sie dieses Gesetespaket erst am Freitag dem Landtag zuleiten und wir schon am darauffolgenden Dienstag eine erste Bewertung dazu abgeben sollen, dann ist das, was die Zusammenarbeit mit dem Parlament – auch mit den Oppositionsfraktionen – angeht, nicht in Ordnung. Das ist auch nicht fair. Wie ich finde, ist das eigentlich auch nicht Ihr Stil. Sie haben es doch gar nicht nötig, sich mit solch kurzfristigen Taktierereien einen Vorsprung zu verschaffen. Sie sind doch gefestigt genug, um in allen Debatten zum Haushalt auch inhaltlich-sachlich zu bestehen.

Daher habe ich mir eher die Frage gestellt: Wird das von woanders her vorgegeben? Denn Ihnen würde ich eine so kurzfristige Vorlage, deren Sichtung mit solchen Schwierigkeiten verbunden ist, eigentlich nicht zutrauen – wenn ich mir diese Bewertung an dieser Stelle gestatten darf. Vielleicht können wir gelegentlich einmal klären, woher diese Ideen denn stammen.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Kaltenhauser hat in einer ersten Bewertung schon am Freitag den Haushalt als eher ambitionslos beurteilt. Ich würde das gar nicht so uneingeschränkt bestätigen wollen; denn wenn es um das Geldausgeben geht, sind schon einige Ambitionen und einiger Elan dahinter erkennbar.

Nur, unser Hauptkritikpunkt – an dieser Stelle will ich die Einzelheiten nicht so sehr beleuchten – ist ein anderer. Kollege Pohl hat es anklingen lassen: Es geht um das Thema "ausgewogener Haushalt" in schwierigen Zeiten, die wir ja fraglos haben. Natürlich müssen wir auf die Einnahmenseite schauen, das heißt darauf, was uns zur Verfügung steht. Dann müssen wir aber auch zur Ausgabenseite kommen.

Was müssen wir festhalten, wenn wir bilanzieren? An dieser Stelle spielt es nicht die entscheidende Rolle, woher die Schulden kommen, das heißt, ob sie noch aus dem Jahr 2020 stammen und ob Nutzungsmöglichkeiten in dem Sinne übrig geblieben sind, dass wir neue Schulden aufbauen können. Zum Zweiten haben wir ergänzend zu berücksichtigen, dass wir noch Entnahmen aus der Rücklage benötigen, um den Haushalt auszugleichen. Das ist doch ein Signal, das wir erkennen müssen. Wir müssen uns dem ernsthaft stellen, anders jedenfalls, als es in Ihrer Einbringung, lieber Herr Minister, passiert ist. Sie haben sich mit allen möglichen Einzelpositionen befasst, aber bezeichnenderweise an keiner Stelle deutlich gemacht, wo Sie sich angestrengt haben, Ausgaben zu vermeiden bzw. Kosten zu dämpfen. Auch in schwierigen Lagen brauchen wir einen seriösen, nachhaltigen Haushalt. Einen solchen bringt man nur dann zustande, wenn man auf der Ausgabenseite die Dinge ein Stück weit festhält.

Das ist unsere Grundkritik, unsere zentrale Kritik: dass Sie keine Anstrengungen unternommen haben, Ausgaben zu vermeiden.

Ich will jetzt nicht in die Analyse der Bundestagswahl einsteigen und schon gar nicht politikberatend für die CSU tätig werden. Aber wenn Sie sich mit der Frage befassen, worauf Ihr Abschneiden zurückzuführen ist – ich beziehe mich insbesondere auf das Wahlverhalten der jungen Wählerinnen und Wähler –, dann brauchen Sie sich möglicherweise nicht zu wundern. Denn es ist doch so, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf trotz der Behauptung, es handele sich um einen nachhaltigen Haushalt, mitnichten um einen solchen handelt.

Ich will den Begriff "Nachhaltigkeit" in Erinnerung bringen, der, wie wir alle wissen, aus der Forstwirtschaft stammt und ein Verhalten bezeichnet, bei dem kein größerer Einschlag vorgenommen wird als das, was nachwachsen kann. In die Haushaltspolitik übersetzt: Nachhaltig ist das Verhalten, nicht mehr Geld auszugeben, als man einnimmt. Das mag in diesen Zeiten schwierig sein; das gebe ich gern zu. Umso wichtiger ist es, doch noch einmal den Haushalt insgesamt durchzuschauen und zu prüfen, wo man die eine oder andere Position reduzieren kann.

Ich will an dieser Stelle bloß ein paar Punkte, was Ausgabendisziplin und Reduzierungsmöglichkeiten angeht, ansprechen – Stichwort: Luft herauslassen aus einzelnen Positionen.

Bekanntlich hat ein Finanzminister gern da und dort ein bisschen mehr im Ansatz als das, was im Ergebnis herauskommt. Wir haben doch über Jahre hinweg erlebt, dass gerade in vielen Bereichen von Förderprogrammen die Ansätze Jahr für Jahr nicht ausgeschöpft werden. Dazu hat der ORH seine Stellungnahmen vorgelegt, und auch in Fachdiskussionen ist immer wieder betont worden, dass in manchen Fachförderprogrammen viel Luft ist. Diese könnte man ein Stück weit reduzieren.

Das Thema Fraktionsreserve will ich gar nicht weiter problematisieren – auch eine Geschichte, die in Zeiten wie diesen schon ein Akt der Großzügigkeit ist.

Das bayerische Pflegegeld mit immerhin über 700 Millionen Euro ist ein Dauerthema.

Nur am Rande: Wir haben in der vorletzten Woche über den anwachsenden, das heißt immer größer werdenden Landtag gesprochen. Es ist erkennbar, dass sich insoweit keinerlei Bewegung erzielen lassen wird. Aber das Thema Finanzierung, das heißt die Frage, wie teuer es wird, wenn wir 30, 40 oder gar 50 Abgeordnete mehr haben, hat überhaupt noch keine Rolle gespielt. Ich glaube, dass man sich in Zeiten wie diesen mit dem Thema Staatsquote generell wieder befassen muss, insbesondere mit Blick auf konsumtive Ausgaben.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Staatsminister, Sie sind nach meiner persönlichen Bewertung völlig integer. Sie sind unverdächtig, das Geld auf großzügige Art und Weise ausgeben zu wollen. Aber ich glaube schon, dass es in dieser zentralen Funktion und mit dieser Verantwortung auch Ihre Aufgabe ist, die Grundhaltung im "Gesamtbetrieb" Staat noch einmal zu schärfen und für kostenbewussteres Verhalten zu sorgen – in allen Bereichen. Das ist zwar nicht in erster Linie Ihr Verantwortungsbereich; aber das Museum Nürnberg ist nur ein Beispiel. Es geht auch um die Frage der Maskendeals, die ab Freitag untersucht werden sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht bloß die Abgeordneten; denn wenn der Staat solche Aufträge erteilt, dann muss es ja dort auch die Haltung geben: Wurscht, was es kostet! Das machen wir jetzt! – Auch das muss untersucht werden.

Das sind nur zwei ganz prominente Beispiele für das, was landauf, landab beobachtet werden kann. Das muss uns Sorge machen. Es ist halt einfacher, Geld auszugeben, das einem nicht gehört. Ich komme ja auch ein Stück weit aus diesem Betrieb und weiß, dass man immer wieder den Daumen draufhalten muss. Daher möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Finanzminister, bitten, stärker darauf hinzuwirken, um in vielen Bereichen die Ausgabendisziplin im gesamten Staatsgefüge in den Griff zu bekommen. Dafür haben Sie auch unsere Unterstützung, weil wir dann das Geld an diesen Stellen

einsparen können, um die wirklich wichtigen Dinge zu tun: Bildung, Digitalisierung und natürlich auch die wirtschaftliche Belebung weiter voranbringen, was Innovationen angeht. Dabei können Sie mit unserer Unterstützung jederzeit rechnen.

Das müssen wir in anderer Art und Weise hinbekommen, nicht nur immer on top, was die zusätzliche Verschuldung oder Rücklagenentnahme angeht, sondern da muss man die Ausgaben an anderer Stelle kritisch beobachten und schauen, wie wir da vorwärtskommen. Wir werden das in den Fachberatungen und durch Einzelanträge auch hinterlegen. Die gesamte Ausgabendisziplin in den Griff zu kriegen, ist ein ganz wesentlicher Punkt, der auch in den heutigen Redebeiträgen, wie ich finde, viel zu kurz gekommen ist.

Das Thema der Finanzausstattung der Kommunen möchte ich nur ganz kurz ansprechen. Ich komme zum Thema gleichwertige Lebensbedingungen. – Ja, das erkennen wir im Prinzip an. Zum kommunalen Finanzausgleich möchte ich den Präsidenten des Gemeindetags zitieren und dessen Gedanken in Erinnerung rufen: Es ist bis heute nicht gelungen, die wirklich schwachen Gemeinden in einer Art und Weise zu finanzieren und in die Lage zu versetzen, die immer vielfältiger werdenden Aufgaben zu erfüllen. Da ist die Spreizung zwischen den reichen, zwischen den leistungsfähigen Kommunen und denen, die auch die Pflichtaufgaben kaum erfüllen können, nach wie vor viel zu groß und korrekturbedürftig. – Wir erkennen an, dass die Rekordunterstützung bei einem Rekordhaushalt durchaus auch in Summe besteht, aber die Steuerung im Einzelnen ist durchaus nach wie vor nicht in Ordnung und korrekturbedürftig.

Wir erkennen auch an, dass im Haushalt der Investitionsanteil im Soll ausgesprochen hoch ist, wir werden aber auch da aus den Erfahrungen der letzten Jahre darauf schauen, ob dieser Ansatz in die Umsetzung kommt, ob das Ist in der Tat die Möglichkeiten nutzt, die Ihnen der Landtag mit der Verabschiedung des Haushalts, was zu erwarten ist, zur Verfügung stellen wird.

Das sind die wesentlichen, das sind die grundsätzlichen Kritikpunkte. Über Einzelfragen kann ich an dieser Stelle jetzt nicht mehr sprechen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Schauen Sie, sehr geehrter Herr Minister, dass wir insgesamt Kostendisziplin und mehr Sensibilität für die Gesamtaufgaben und für die Nachhaltigkeit des Haushalts erreichen. Das halten wir für erforderlich. Das ist in diesem Haushalt nicht ausreichend abgebildet.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Sehr geehrter Herr Muthmann, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Rede. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt aus der CSU-Fraktion und ist der Abgeordnete Hans Herold. Bitte schön, Herr Abgeordneter Herold, Ihnen gehört für die nächsten Minuten das Rednerpult.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Haushalt ist natürlich immer wieder auch ein Blick in die Zukunft. Ich denke, wir haben heute wirklich einen Zukunftshaushalt von unserem Finanzminister Albert Füracker vorgetragen bekommen. Deswegen ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker, aber auch an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Finanzministerium, die eine großartige Arbeit leisten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall – Zuruf)

Ein Zukunftshaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren, beinhaltet immer auch eine entsprechende Investitionsquote. Wenn man sich anschaut, dass wir eine Quote in Höhe von 24,2 % bei den bayerischen Kommunen haben und auch der Staatshaushalt eine hohe Investitionsquote hat, dann muss man einfach sagen, dass dies tatsächlich ein Zukunftshaushalt ist.

Herr Kollege Muthmann, ganz kurz ein Hinweis in Bezug auf die Ausstattung der Kommunen, schwache oder auch reiche Kommunen. Ich denke, unterm Strich sind unsere bayerischen Kommunen bedingt durch unseren kommunalen Finanzausgleich gut ausgestattet, und auch die Kommunen, die letztendlich finanziell nicht so gut dastehen, werden vom Freistaat Bayern immer wieder unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz auf die Rede von Frau Kollegin Köhler eingehen. Wir arbeiten, das muss man wirklich sagen, im Haushaltsausschuss gut zusammen. Ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Mein Eindruck ist wirklich, dass Sie über alle möglichen Bundesländer gesprochen haben, aber nicht über den Haushalt unseres Freistaates Bayern. Ihre Rede könnte möglicherweise auch auf das Bundesland Rheinland-Pfalz passen, wo die SPD und die GRÜNEN Verantwortung tragen. Man muss auch wissen, dass dort eine extrem hohe Verschuldung vorhanden ist und wir als Freistaat Bayern natürlich immer wieder über den Länderfinanzausgleich diese Bundesländer entsprechend unterstützt haben. Ich sehe auch nicht ganz ein, dass wir quasi über eine Alt-schuldenfinanzierung als bayerische Steuerzahler wieder dazu beitragen sollen, diese Schulden auf Kosten der bayerischen Bürgerinnen und Bürger abzubauen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von Brunn, danke für den komischen Zwischenruf, den Sie gleich zu Beginn gemacht haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin unseren Beamtinnen und Beamten von der Steuerverwaltung und auch von der Finanzverwaltung äußerst dankbar.

(Zuruf)

Uns ist die Qualität der Arbeit wichtig. Deswegen ein herzliches Dankeschön für diese großartige Arbeit unserer Steuerbeamtinnen und -beamten des Freistaates Bayern, die hier wirklich extrem gute Arbeit leisten.

(Beifall)

Herr von Brunn, weil Sie immer so schlau daherreden, will ich Ihnen sagen: Nachdem Sie mit Herrn Norbert Walter-Borjans einen Bundesvorsitzenden haben, der dreimal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt hat, war ich extrem froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich erfahren habe, dass diese Person in keiner Weise als Bundesfinanzminister im Gespräch ist.

(Lachen)

Lieber Herr Kollege Muthmann, ich bin wirklich froh, dass Herr Lindner möglicherweise oder auch wahrscheinlich diese wichtige Funktion übernehmen wird. Ich bin sehr gespannt, ob er die Erwartungen, die Sie vorhin angesprochen haben, auf Bundesebene erfüllen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz kurz ein paar Aussagen zum kommunalen Finanzausgleich: Wir haben auch im Jahr 2022 hierfür wieder einen Rekordansatz in Höhe von 10,56 Milliarden Euro. Natürlich erwarten auch unsere Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und unsere Kommunalpolitiker stets wieder, dass wir den FAG-Finanzausgleich gut ausstatten, und bei 10,56 Milliarden Euro kann man wohl sagen, dass uns dies wieder gut gelungen ist.

In den vergangenen Jahren konnten wir für den kommunalen Finanzausgleich immer neue Rekordsummen verkünden, was vorhin auch unser Finanzminister wieder erwähnt hat, und die gute finanzielle Lage unserer Kommunen beschreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür erhalten unsere Kommunen einmalige Investitionsmittel in Höhe von 400 Millionen Euro im Rahmen des Corona-Investitionsprogramms, davon sind 360 Millionen Euro für den kommunalen Hochbau und 40 Millionen Euro für die Abwasserent- und Wasserversorgung gedacht. Ich denke, das ist gerade auch für unsere Kommunen im ländlichen Bereich eine ganz wichtige Aussage. Der kommunale Finanzausgleich bleibt damit für die Kommunen ein Anker in der

Krise und ermöglicht, wie ich denke, ein kraftvolles Agieren für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ganz kurz noch ein paar Worte zur Lage unserer bayerischen Kommunen, ich betone ausdrücklich: unserer bayerischen Kommunen. Trotz der Krise, wie Sie alle wissen, geht es – und das sage ich aus größter Überzeugung und als Kommunalpolitiker – unseren bayerischen Kommunen gut. Ich möchte ausdrücklich betonen, wir haben unsere Kommunen gerade auch in der Corona-Pandemie optimal unterstützt. Die eigenen kommunalen Steuereinnahmen liegen auf einem hohen Niveau. Die Verschuldung unserer bayerischen Kommunen ist im Unterschied zu anderen Bundesländern Gott sei Dank auch niedrig. Sie nehmen kaum Kassenkredite in Anspruch. Während die Verschuldung mit Kassenkrediten im Saarland bei rund 2.073 Euro pro Einwohner liegt, beträgt sie in Bayern gerade einmal 14 Euro pro Einwohner, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nur am Rande möchte ich auch erwähnen, dass diese Statistik auch zeigt, wie wenig die bayerischen Kommunen von einer Übernahme von Altschulden durch den Bund, die ich vorhin schon angesprochen habe, profitieren würden. Diese alte Idee hat es leider in den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung geschafft, wie Sie alle wissen. Ich sage auch sehr deutlich, dass das keine Politik für die bayerischen Kommunen ist, sondern natürlich vor allem eine Politik für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und auch im Saarland. Allemal gerechter wäre es, sich am Ausgleich der Gewerbesteuer zu beteiligen. Davon würden bundesweit fast genau die Kommunen profitieren, die auch tatsächlich Einbußen hinnehmen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 40 % der bayerischen Städte und Gemeinden verzeichnen geringere Gewerbesteuereinnahmen als vor der Krise. Obwohl sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt, setzen wir ein bayerisches Zeichen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben nämlich – und das haben wir letzte Woche sehr ausführlich diskutiert, auch im Haushaltsausschuss – 330 Millionen Euro für die Hälfte

der Kompensation aus. Ein Großteil der Mittel, nämlich 220 Millionen Euro, fließt noch in diesem Jahr.

Deswegen sage ich sehr selbstbewusst: Dies ist eine zielgerichtete Politik, die unseren bayerischen Kommunen wirklich hilft. Deswegen ergeht auch noch mal unsere Aufforderung, letztendlich auch an den Bund und an den künftigen Bundesfinanzminister oder auch an den künftigen Bundeskanzler Scholz: Übernehmen Sie bitte auch die zweite Hälfte in Höhe von 330 Millionen Euro! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das wäre eine große Hilfe für unsere bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die gute Lage der Kommunen liegt auch daran, dass sie der Freistaat Bayern seit Jahren massiv unterstützt. Unser kommunaler Finanzausgleich konnte trotz der Krise in den Jahren 2020 und 2021 – das wissen Sie alle – auf über 10 Milliarden Euro gehalten werden. Er ist somit sogar wieder gestiegen.

Durchgehend haben wir während der Corona-Pandemie unsere Kommunen immer wieder gestärkt. Zu Beginn des Jahres 2020 haben wir die FAG-Leistungen vorgezogen und die Liquidität gesichert. Auch haben wir das Konjunkturpaket des Bundes auf über 4 Milliarden Euro verdoppelt. Damit haben wir vor allem auch die Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle finanziert. Allein dafür haben wir aus staatlichen Mitteln 1,3 Milliarden Euro aufgewendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein Wort zu den Schlüsselzuweisungen sagen. Sie, die Sie auch Verantwortung in den Kommunen haben, wissen alle, dass diese natürlich eine ganz wichtige Einnahmequelle für unsere Landkreise, Städte und Gemeinden sind. Diese Schlüsselzuweisungen sind natürlich auch der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs und machen über 38 % des Gesamtvolumens aus. Nach dem leichten Rückgang im letzten Jahr steigen sie jetzt 2022 um 67 Millionen oder 1,7 % auf 4 Milliarden Euro. Hier wird also eine extrem

gute und auch wichtige Summe verkündet. Die Schlüsselzuweisungen bleiben damit als zentrales Ausgleichsinstrument auch 2022 eine zuverlässige Finanzquelle für die bayerischen Kommunen. Lieber Kollege Muthmann, dies ist besonders für die schwächeren Kommunen ein wichtiges Signal. Sie haben als freie Deckungsmittel und Ergänzung der eigenen Steuereinnahmen eine hohe Bedeutung für eine starke kommunale Selbstverwaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ganz kurz darauf hinweisen, dass auch die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2022 auf einem hohen Niveau von über 640 Millionen Euro fortgeführt wird. Natürlich sind die Mittel im kommunalen Hochbau auch entsprechend gut ausgestattet.

Als Vertreter des ländlichen Raumes möchte ich abschließend noch sagen, dass für uns auch wichtig ist, dass wir weiter die Mittel für die RZWas stärken. Die Mittel zur Förderung von Abwasseranlagen in Härtefällen konnten bereits im letzten Jahr um 20 Millionen Euro bzw. 28,5 % erhöht werden. Im Haushalt 2022 wollen wir dafür einmalig weitere 40 Millionen Euro verwenden. Das heißt, dass wir über eine Gesamtsumme in Höhe von 130 Millionen Euro verfügen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein kurzer Ausschnitt, der die Unterstützung des Freistaates Bayern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches zeigt. Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen optimal. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Herold, ich bedanke mich bei Ihnen. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Tim Pargent von der Fraktion der GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsfaktionen haben jetzt durchaus mit den etwas vorhersehbaren,

üblichen Abwehrreaktionen gegläntzt. Das sind die üblichen Abwehrreflexe. Sie haben einerseits die vorgeschlagenen Ausgabeposten zu den entsprechenden Rekorden bundesweit, europaweit, weltweit, eigentlich in der ganzen Galaxis aufgebauscht und auf der anderen Seite auf die anderen Länder gezeigt. Dieses Jahr neu im Angebot sind kluge Ratschläge an die Bundes-Ampel, bevor diese ihre Arbeit aufgenommen hat.

Aber das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen. Wenn Sie Angst haben, dass der Ampel-Haushalt platzen könnte, dann kann ich Sie dahin gehend schon mal beruhigen: Das größte Haushaltsrisiko der bisherigen Bundesregierung wird die Ampel mit dem Amtsantritt aus der Bundesregierung entfernen: Das größte Haushaltsrisiko hieß Andreas Scheuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstaunlich ist aber, für was alles Sie auch in Bayern trotz einer durchaus angespannten Einnahmelage noch Geld ausgeben können. Die durchaus kostenintensiven Wahlkampfgeschenke aus der Zeit des Amtsantritts von Markus Söder sind nach wie vor ungekürzt im Haushalt vorhanden. Man muss sagen: Die Söder-Show muss auch im Haushaltsjahr 2022 weitergehen. Von Reformen ist aber keine Spur – oder zumindest relativ wenig. Ja, es gibt leichte Erhöhungen, zum Beispiel bei den Investitionen. Aber dazu, wie wir den Investitionsstau bei den staatlichen Bauten wirklich langfristig auflösen wollen, haben wir noch relativ wenig gesehen.

Das Gleiche gilt beim Thema Klimaneutralität der Staatsverwaltung. Auch hier gibt es relativ wenige Vorstellungen, wie das wirklich umgesetzt werden soll; oder auch bei der anderen großen Herausforderung, den Bildungserfolg vom Hintergrund des Elternhauses zu entkoppeln. Da fällt Ihnen nichts ein, außer die Berufseinstiegsbegleitung zu stoppen.

Wir merken: Hier sind relativ wenig strukturelle Reformen in Sicht. Wenn ich mir die Bundesländer und den Haushalt hier so in einer Nachbarschaft vorstelle, dann ist das

Haus der Söder-Regierung ein großes altes Haus mit einem schönen Zaun und einer super Schotterauffahrt. Der Vorgarten ist perfekt gepflegt, man möchte fast den Baum umarmen, aber wenn man dann mal die Bausubstanz anschaut, sie prüft, dann stellt man fest, es tropft im Keller noch die alte Ölheizung und das Dach muss auch mal gemacht werden. Aber anstatt die Generalsanierung zu planen, hängen Sie grüne Gardinen ins Fenster und stellen sich auch noch einen großen Plug-in-Hybrid in die Schotterauffahrt. Dafür muss dann die entsprechende Auffahrt verbreitert werden, so wie die Staatsstraßen in unserem Land, aber beim Nachbarn wird dann gerne damit geprotzt, statt die energetische Sanierung voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Klimamilliarde: Wenn Sie schon Projekte von uns abschreiben, dann bitte vollständig abschreiben. Ich habe früher in der Schule auch hin und wieder beim Nachbarn hineingeguckt, aber immer versucht, die ganze Aufgabe zu übernehmen. Wir brauchen die Klimamilliarde, aber wir brauchen sie jährlich und nicht über die Jahre gestreckt. Wer ein Haus sanieren will, macht im ersten Jahr die Fenster, im zweiten Jahr das Dach und installiert vielleicht im dritten Jahr die neue Heizung. Sie verteilen den Fenstertausch auf mehrere Jahre. Das ist leider nicht genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann mir jetzt schon die Klimamilliarde, die für 2023 verkündet wird, vorstellen: Die 400 Millionen Euro, die in Form von Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre vorhanden sind, werden wieder in das Paket einbezogen, im Jahr 2023 wird dann noch etwas Neues draufgelegt, für die Folgejahre gibt es wieder neue Verpflichtungsermächtigungen, und schwuppdwupp hat man mit wenig relativ wenig Aufwand die nächste Klimamilliarde 2023 zusammen. Das wird so kommen. Das ist dann Ihr Marketing, hat aber relativ wenig mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man erkennt auch – das ist angesprochen worden – die Prioritäten. Wir merken nämlich, dass von der Klimamilliarde in diesem Haushaltsjahr letztendlich nur 600 Millionen Euro veranschlagt sind. Betrachtet man in diesem Zusammenhang das Familiengeld, das mit über 750 Millionen Euro weitaus höher ausfällt als die 600 Millionen Euro, die für den Klimaschutz eingeplant sind, merkt man, wie die politischen Prioritäten verteilt sind.

Ich will Ihnen allen aber noch etwas zum Thema Solidarität mit den anderen Ländern sagen, da heute sehr viel auf dem Länderfinanzausgleich, auf Altschuldentilgung und Ähnlichem herumgehackt wurde. Ich muss sagen: Zumindest in diesem Jahr und in 2022 hätte uns angesichts der aktuellen Situation etwas mehr Demut gutgetan. Im Moment fliegen wir Corona-Patienten zu kommunalen Krankenhäusern anderer Länder. Diese Länder und die dortigen Krankenhäuser, ob Landes-, ob Universitätsklinik, ob kommunale Krankenhäuser bieten sich an, ohne mit der Wimper zu zucken, weil das selbstverständlich ist, weil das Solidarität ist. Und wir können in dieser Situation nicht etwas mehr Demut zeigen? Mir fehlen da wirklich die Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend: Keine echte Kehrtwende und wenig Umdenken bei den alten Wahlgeschenken, die den Haushalt immer noch schwer belasten. Damit fehlt auch das Geld, um die Klimakrise wirksam bekämpfen zu können. Das wird sich in den nächsten Jahren sicher rächen. Wir werden unsere Vorschläge zum Klimaschutz auch in diesem Jahr einbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pargent. – Damit komme ich zum letzten gemeldeten Redner: Das ist Kollege Johannes Hintersberger von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt über zweieinhalb Stunden die Entwürfe der Haushaltsgesetze für das nächste Jahr, für 2022, von unserem Staatsminister vorgestellt bekommen und darüber diskutiert. Worum geht es denn bei diesem Haushalt? – Corona hat uns im Griff und bestimmt diesen Haushalt. Es ist enorm wichtig und entscheidend, dass dieser Haushalt vor dem Hintergrund, dass wir alle nicht wissen, wie es mit dieser Pandemie weitergeht, ein stabiles Bollwerk darstellt, dass die Menschen spüren: Im Freistaat steht dieser Haushalt planungssicher, stabil und seriös.

Dieser Haushalt ist – im Entwurf wurde dies deutlich – nicht sozusagen mal schnell entwickelt worden; da wurde nicht mal schnell in die Schuldentruhe gegriffen. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt in Höhe von 71 Milliarden Euro. Es ist wichtig festzustellen, dass mit dem Dreiklang – der Finanzminister hat dies dargestellt – von Einsparungen und Konsolidierungen in Höhe von 700 Millionen Euro auf der einen Seite und der Entnahme von 2,3 Milliarden Euro aus der Rücklage auf der anderen Seite der Haushalt ausgeglichen werden konnte, weil wir in den letzten Jahren oder Jahrzehnten Gott sei Dank solide und stabile finanzpolitische Entscheidungen getroffen haben. Im Rahmen der Kreditermächtigung können 5,8 Milliarden Euro Schulden gemacht werden. Dieses Ineinandergreifen ist wichtig, damit man auch spürt, dass trotz all der besonderen Herausforderungen, vor die uns die verheerende Pandemie stellt, um den Ausgleich des Haushalts gerungen wird. Dies spüren die Menschen.

Von daher ein herzliches Danke, lieber Herr Finanzminister, deinem Haus für dieses Ringen um diesen ausgeglichenen Haushalt angesichts all dieser großen Herausforderungen.

Sie sagen, der Haushaltsentwurf sei nicht zielgerichtet. Ich darf zwei Schwerpunkte herausnehmen. Ich nehme den Bereich Bildung als die Grundlage für eine gute Sozialpolitik heraus, die Chancen und Möglichkeiten bietet, aus dieser Pandemie wieder herauszukommen. In den Einzelplänen 05 und 15 sind knapp 25 Milliarden Euro ein-

gestellt. Mit fast 35 % Anteil an unserem gesamten Haushalt ist dies die mit Abstand größte Summe. Wenn das nicht zielgerichtet ist, liebe Kollegen, dann frage ich: Wo schauen Sie hin? Mit einem Plus von zusammen 1,1 Milliarden Euro in diesen beiden Einzelplänen setzen wir ganz bewusst einen großen, den entscheidenden Schwerpunkt.

Herr Kollege Pargent, Sie schwadronieren hier. Ich muss Sie daher zum Familiengeld ganz konkret fragen: Habe ich Sie richtig verstanden? Wollen Sie das Familiengeld kürzen oder abschaffen, und zwar zugunsten des Bereichs Klima? – Genau das wollen wir nicht. Wir wollen die Dinge nicht auseinanderreißen und gegeneinander ausspielen!

Ein zweiter großer Schwerpunkt – das hat Kollege Hans Herold super auf den Punkt gebracht; ich möchte ihn auch nennen – ist der Finanzausgleich für unsere Kommunen. Warum ist dieser denn so wichtig? Der legendäre Oberbürgermeister von Stuttgart, liebe Kolleginnen und Kollegen, Manfred Rommel, hat einmal gesagt: "Ein Politiker sollte nicht ständig seine Grundüberzeugungen ändern. Erfolgreiche Politik setzt den Mut voraus, langweilig zu sein." – Da bin ich hier gerne langweilig! Ich bin hier langweilig, weil es meine Grundüberzeugung ist, Politik für unsere Kommunen subsidiär zu gestalten, und dies seit vielen, vielen Jahren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum ist dies so wichtig? – Weil dort die Menschen die Politik leben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Auf die Zeit achten, Herr Kollege!

Johannes Hintersberger (CSU): Dort ist die Politik erfahrbar. Deshalb wird diese subsidiäre Überzeugung nicht nur in Sonntagsreden genannt, sondern seit Jahrzehnten im FAG umgesetzt. In diesem FAG sind 4 Milliarden Euro Schlüsselzuweisungen und insgesamt über 10 Milliarden Euro enthalten, über die unsere Kommunen die Entscheidungskompetenz haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Zeit beachten!

Johannes Hintersberger (CSU): Dies entspricht 15 % des gesamten Haushaltes.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank!

Johannes Hintersberger (CSU): Meine Damen und Herren, ich danke dem Finanzminister. Ich freue mich auf gute Gespräche und Erörterungen zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter. – Es gibt eine Zwischenbemerkung: Die Frau Abgeordnete Köhler hat sich gemeldet. Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hintersberger, ich hätte, weil Sie das Thema Schwadronieren angesprochen haben, eine Frage zum Thema Bildung: Wie sehen Sie es, dass die Berufseinstiegsbegleitung nun endgültig ausläuft? Wie sehen Sie es, dass 2021 keine einzige Ja-Stelle aus dem Bundesprogramm geschaffen wurde? Wie sehen Sie es, dass sämtliche tausend Stellen für G9 bis 2025 gesperrt sind?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Liebe Frau Kollegin Köhler, ich habe gesagt, wir haben in den Einzelplänen 05 und 15 1,1 Milliarden Euro mehr als 2021. Ganz konkret. Über das Programm lasst uns reden: Wir haben im letzten Jahr eine gute Lösung gebracht, obwohl die europäischen Gelder hier abgezogen worden sind. Wir können nicht grundsätzlich bei allem, wofür aus Europa nichts mehr kommt, zu 100 % einsteigen. Aber lasst uns das auch – Sie wissen, wo ich hier stehe – hier in den Gesprächen sehr sachlich, aber zielorientiert behandeln. Wir haben nicht nur die 409.000 Studierenden, so viele wie noch nie, in Bayern, neben den rund 700.000 Azubis, die wir derzeit vom ersten bis zum dritten Lehrjahr in Bayern haben, sondern künftig auch Ju-

gendliche, die es ein bisschen schwerer haben. Auch für sie wird es diese Unterstützung geben. Wir werden schauen, dass wir eine gute Lösung hinbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hintersberger. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich hier Widerspruch? – Ich sehe keinen. Damit so beschlossen.